

Bezugspreis:
Vierteljährlich 3.00 — Halbjährlich 5.50 —
Jahres 10.00 — Ausland 12.00 —
Zusatz: Postgebühren, Steuerzuschlag für
Deutschland, Dänzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Ostens, Österreich
Ungarn und Rumänien 2.00 —
Für das übrige Ausland 2.00 —
Bestellungen nehmen an Österreich
Ungarn, Elbe-Donau, Dänemark,
Polen, Rumänien, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ wird der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Stellung und Stellung“
erhöht wöchentlich zweimal, Sonn-
tags und Montags emittiert.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kreisprediker: Redaktion Vorwärts 151 93-97
Expedition Vorwärts 117 53-54

Dienstag, den 10. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kreisprediker: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Vorwärts 117 53-54

Anzeigenpreis:
Die zeichnerischen Anzeigenpreise
lösen 2. — M. „Kleine Anzeigen“
das gedruckte Wort 2. — M. (zu-
sätzlich zwei gedruckte Worte), je-
weiligeres Wort 1.50 M. (Stellen-
anzeigen und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1.50 M., jedes weitere Wort
1. — M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-
anzeigen für Abonnenten Seite 4. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zeuernungsbeitrag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Lenin nach Genua eingeladen.

In Cannes stand gestern die Frage der Reparations-
zahlungen für das Jahr 1922 und die der Garantien
im Brennpunkt der Verhandlungen. An Tatsächlichem wird
mitgeteilt, daß man bereits zu einem weitgehenden Einver-
ständnis gelangt sei und daß eine weitere Klärung nach An-
hörung der deutschen Delegation vom Donnerstag zu er-
warten sei. Die Nachricht, daß die Reparationssumme für
1922 von 500 auf 700 Millionen heraufgesetzt wurde, be-
stätigt sich.

Von Bedeutung sind weiter die politischen Verhand-
lungen über die Bahnen, in welche die ehemalige Entente
künftig zu leiten sein wird. Frankreich drängt einseitig auf
ein Defensivbündnis mit England, England strebt eine Art
Solidaritätsvertrag zwischen allen europäischen Mächten an.
Als Kompromiß scheint vorläufig ein Vertrag zwischen
England, Italien und Frankreich ins Auge ge-
faßt worden zu sein, der gleichzeitig die notwendigen Aus-
gleichs in der kleinasiatischen Frage bringen würde.

Handelt es sich hier um eine politische Frage, so soll
die allgemeine europäische Konferenz in Genua
lediglich finanzielle und wirtschaftliche Probleme lösen. Daß
aber auch hier politische Fragen erster Ordnung auf der Tages-
ordnung stehen, ließ bereits der Programmwurf Lloyd
Georges erkennen. Die amtliche Anerkennung der
Sowjetregierung, die durch wirtschaftliche Notwendig-
keiten herbeigeführt wird, ist eine politische Angelegenheit
Welchen Wert man heute auf ein geordnetes Verhältnis mit
Rusland legt, geht aus den Einladungen der englischen und
italienischen Ministerpräsidenten hervor, die in Genua mit
Lenin persönlich zu verhandeln wünschen. Es wäre
immerhin ein interessantes Experiment, die ersten Vertreter
des Kommunismus und des Kapitalismus an einen Verhand-
lungstisch zu bringen. Jedenfalls ein Experiment, das weniger
gefährlich wäre, als der mißglückte Versuch der Bolschewisten,
den Kommunismus auf dem Boden radikaler Zerstörung auf-
zubauen.

Paris, 9. Januar. (E.E.) Dem „Infrantigeant“ wird
aus Cannes gemeldet, daß Lloyd George bereits an
Lenin eine freundschaftliche Botschaft richtete, und daß auch
Donomi ein Gleiches tat.

Die Sowjetvertretung in Berlin erhielt, wie DL meldet, von
der russischen Handelsvertretung in Italien folgendes Redotele-
gramm vom 8. Januar:

Heute abend wurde uns vom Ministerium des Auswärtigen ein
Telexogramm folgendes Inhalts überreicht: Auf Grund eines Be-
schlusses des Obersten Rates findet im März in Italien eine
finanzwirtschaftliche Konferenz aller Länder Europas statt. Die
Italiensche sowie die englische Regierung sind der Meinung, daß
die persönliche Anwesenheit Lenins auf dieser Kon-

ferenz erheblich dazu beitragen würde, die Lösung der
Frage des europäischen wirtschaftlichen Gleichgewichts zu erleich-
tern. Das Ministerium des Auswärtigen bittet, Moskau von
diesem Wunsche der italienischen Regierung in Kenntnis zu setzen,
damit die Antwort bis Montag nach Cannes übermittelt
werden kann.

Verlegung der Garantiekommision!

Cannes, 9. Januar. (Havas.) Heute vormittag 10 Uhr 30
haben die mit der Reparationsfrage betrauten Minister die
Garantien besprochen, die von Deutschland zur Befriedung seiner
Finanzen verlangt werden sollen. Sie sind in den meisten Punkten
zu einer Verständigung gekommen und haben einige weitere
zurückgestellt, um das Eintreffen der deutschen Abordnung abzu-
warten. Die Aussprache bezog sich in der Hauptsache auf die Ver-
legung des Garantieausschusses nach Berlin, die
von Frankreich gefordert wurde. Die beifällige Abordnung war der
Ansicht, daß die Reparationskommission selbst in Berlin tagen sollte,
um den Dualismus der beiden Organisationen sowie die beträch-
tlichen Kosten, die daraus entstehen würden, zu vermeiden. Eine
Entscheidung wurde in dieser Angelegenheit noch nicht getroffen.

Am 3 Uhr fand unter dem Vorsitz Loucheurs eine Zusammen-
kunft der Minister statt, die in Paris das europäische Wirt-
schaftskonkordat vorbereitet haben und beauftragt sind,
das Programm der Konferenz in Genua vorzubereiten. Am 4 Uhr
wird eine weitere Zusammenkunft der Minister abgehalten, die an
den deutschen Barzahlungen im Jahre 1922 besonders
interessiert sind. Auf 5 Uhr ist eine Sitzung des Obersten Rates an-
gesetzt.

Am Donnerstag Sitzung mit den Deutschen.

Cannes, 9. Januar. (Havas.) Man sieht hier der Ankunft der
deutschen Abordnung für Mittwoch abend entgegen. Der Oberste Rat
könnte demnach ihre Mitteilungen Donnerstag morgen ent-
gegennehmen.

Der Vertreter Amerikos in Cannes hatte einen Automobilunfall,
der ihn für eine Woche ausschaltet. Dadurch wird die Frage auf-
geworfen, ob die amerikanische Regierung einen Stellvertreter er-
nennen soll.

Garantieabkommen England - Frankreich - Italien?

Paris, 9. Januar. (B.L.) Nach einer Havas-Meldung aus
Cannes wird in politischen Kreisen einem Frühstück große Bedeu-
tung beigemessen, bei dem heute vormittag Briand, Lloyd George,
Lord Curzon, Bonomi und Della Torretta zusammentrafen. Man
nimmt an, daß von den durch Briand und Lloyd George vorge-
schlagenen Garantieabmachungen und von dem voraussichtlichen Anteil,
den Italien daran nehmen könnte, die Rede gewesen sei. In
italienischen Kreisen zeige man sich einem Beitritt zu dem
französisch-englischen Garantieabkommen geneigt.

Kein Steuerkompromiß.

Schon mehrfach haben wir darauf hingewiesen, daß an
den Steuerkompromißmedlungen der bürgerlichen Presse kein
wahres Wort ist. Trotzdem aber bringt es die „Bosfische
Zeitung“ fertig, auch in ihrer Montagabendausgabe von einem
Kompromiß zu reden. In der tatsächlich stattgefundenen
Sitzung, der an den Steuerfragen interessierten Reichs-
minister mit dem Reichsfinanzminister soll festgesetzt worden sein,
daß die Sozialdemokraten an der Sachverwerfung nicht
mehr in einer Form festhalten, die zu schärfstem Kampf mit
den bürgerlichen Parteien führen könnte. Als Ersatz dafür,
verlangt die Sozialdemokratie nach der „Bosfischen Zeitung“,
daß es wissen muß, eine stärkere Anspruchnahme der direkten
Einkommen. Auch von einer Ermäßigung der Umsatzsteuer und
einer Besteuerung der Landwirtschaft, die den Wünschen der
Sozialdemokratie Rechnung trägt, weiß das rechtsdemokra-
tische Blatt zu erzählen. Von all den Dingen, über die die
„Bosfische Zeitung“ berichtet, ist kein einziges Wort wahr.
Sämtliche Feststellungen sind frei erfunden.

Wir betonen, auch heute nochmals, daß die Haltung der
Sozialdemokratie nach wie vor die alte ist und daß
die sozialdemokratische Reichstagsfraktion keineswegs daran
denkt, von ihrem bisherigen Standpunkt in bezug auf die
Steuerfragen, irgend etwas aufzugeben.

Der Eisenbahnverkauf des Herrn Stinnes.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt: Als Herr Stinnes im
November d. J. von London zurückkehrte, war weder etwas über
seine Absichten noch über die Erfolge der Reise zu erfahren. Heute
hört man aus sicherer Quelle, daß Stinnes' Aufgabe in London die
Propaganda der Privatisierung der Eisenbahn im Zusammenhang
mit der Forderung der Reparationen war, und daß ihr vor allen
Dingen geschäftliche Angelegenheiten zu reifen veranlassen. So-
wohl in der einen wie in der anderen Angelegenheit war die Lon-
doner Reise erfolglos. Die englische Regierung zeigte Herrn
Stinnes die kalte Schulter, und die Englisch-russisch-asiatische Com-

pagnie, bei der Stinnes Anteile zu erwerben suchte, war für den-
gleichen nicht zu haben. Das Geschäft, das Stinnes machen wollte,
hat inzwischen die Firma Krupp in Verbindung mit dem Bankhaus
Mendelssohn abgeschlossen, indem sie einen großen Teil der Aktien
der Englisch-russisch-asiatischen Compagnie erwarb. Das Kapital
dieser Firma beträgt 12 Millionen Pfd. Sterl., wozu noch ein
umfangreicher Besitz im Ural und in Westsibirien kommt. Dieser
Besitz besteht hauptsächlich in landwirtschaftlichem und Waldgebiet,
sowie in Gruben, für die von der Sowjetregierung weitgehende
Konzessionen zur Ausbeutung eingeräumt sein sollen.
Die Bedingungen, unter denen die Aktienanteile von den deut-
schen Firmen erworben wurden, sind noch nicht bekannt.

Wo bleiben unsere Eisenbahnwagen?

Aus Danzig wird uns von sachkundiger Seite geschrieben:
Wie allgemein bekannt sein dürfte, sind die Eisenbahnen
im Gebiet der Freien Stadt Danzig am 1. Dezember 1921
an Polen übergeben. Durch die rege Einfuhr von Gütern
aus Deutschland nach Danzig geht täglich eine erhebliche Anzahl
von deutschen Güterwagen in Danzig ein, die nach der
Entladung beladen oder leer nach Deutschland zurückzuführen müssen.
Dies ist aber nicht der Fall, denn die Wagen werden in Danzig
mit Gütern nach Polen beladen und rollen dorthin ab.
Seit vor Weihnachten sind nun in Danzig soviel deutsche
Güterwagen eingegangen, daß sie nicht mehr in vollem Umfange
nach Polen beladen werden können. Auf allen größeren Stationen
im Gebiet der Freien Stadt Danzig sind jetzt solche Wagen aufge-
stellt und mehrere ganze Ränge leer nach Polen ab-
gefahren. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß
Kohlenwagen nicht hierunter sind, denn diese rollen durch
polnisches Gebiet mit Ziel Oberösterreich laufend
ab. Die Güterwagen gehen ohne, wie im internationalen Verkehr
üblich, mit Uebergangszetteln versehen zu sein, in das
Gebiet der Freien Stadt Danzig über, wodurch jede Kontrolle zur
Rückforderung der Wagen verloren geht. Es ist die höchste Zeit,
daß das Reichsverkehrsministerium hier schleunigst eingreift und
das Reich vor größeren Schäden dieser Art bewahrt.

Vom Karl-Putsch bis Lana.

Von Karl Renner - Wien.

Harde, verantwortungsvolle Aufgaben hatte die öster-
reichische Sozialdemokratie im abgelaufenen Halbjahr zu
lösen. Es sind zum Glück nicht Aufgaben, die aus inneren
Wirrnissen und Kämpfen der Partei entspringen. Denn die
österreichische Sozialdemokratie ist geblieben und ist heute
einiger als je. Trotz ernster und tiefgehender
taktischer Meinungsverschiedenheiten, die auch das öster-
reichische Proletariat im Kriege und in der Uebergangszeit
erfüllt haben, hat sich die Minderheit immer der Mehrheit
unterstellt und zur praktischen Durchführung kam, was das
überwiegende Interesse der Arbeiterklasse in jenem Augenblick
forderte. Alle Schwierigkeiten, mit denen die Partei und die
Arbeiterklasse im abgelaufenen Jahre zu ringen hatte, ent-
springen aus der Lage der jungen Republik. Wirtschaftlich
nicht lebensfähig und von der Entente mit leeren wirtschaf-
tlichen Versprechungen hingehalten, kämpft das Land in erster
Linie um seine wirtschaftliche Existenz. Diese ist zugleich die
Existenz der Arbeiterklasse selbst. Die Republik
ist der Wagen, in dem der Arbeiter selbst sitzt, und wenn der
Wagen im Sumpfe versinkt, teilt der Arbeiter dessen Schicksal.

Obwohl die Hauptaufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen
Räte gerichtet sein mußte, blieben dem Lande und der Partei
politische Krisen nicht erspart. Karl Habsburg und
seine Anhänger hatten das Burgenland und vor allem seine
Hauptstadt Oedenburg zum Mandorliertfeld der monarchistischen
Restauration gemacht. Erst hinterher wurde darüber volle
Arlbeit geschaffen. Die offiziellen ungarischen Truppen unter
Ostenburg und neben ihnen ein großer Teil der Banden war-
teten auf das Stichwort Karls. Ententeoffiziere und Entente-
diplomaten schienen mit in der Verschönerung gewesen zu
sein. Die Budapestener Machthaber bemühten allerdings die
Truppen Ostenburgs zugleich, um das Burgenland zu
retten und sie fanden darin in einer Ententemacht, in
Italien, eine wertvolle Stütze. Zeitweilig schienen kriege-
rische Bewildungen zu drohen und die Partei bemühte sich,
diese Gefahr abzuwenden. Sie schlug eine redliche Volks-
abstimmung vor, um den Konflikt zwischen Magnaren und
Deutschösterreichern zu vermeiden. Der unüberlegte Putsch
Karl Habsburgs brachte die Oedenburger Blase
zum Platzen, die Kleine Entente griff ein, Italien schleppte
die österreichische Regierung zusammen mit der ungarischen
nach Venedig, das Volksabstimmungsübereinkommen wurde
in einer Form, die Ungarn begünstigte, genehmigt. Ungarn
räumte das Burgenland bis auf Oedenburg und dessen Nach-
bargemeinden, in übersetzter Weise und unter der Gewalt
der magyarischen Behörden wurde in Oedenburg abgestimmt,
ohne daß sich Oesterreich beteiligte. So ging die Stadt Oeden-
burg verloren, aber das Burgenland selbst blieb Oesterreich
erhalten.

Endlich also ist, drei Jahre nach dem Waffenstillstand, die
Republik im gesicherten Besitz ihrer Grenzen. Die Mühen der
Entente mahlen wahrhaftig langsam. Drei Jahresrenten des
an Lebensmitteln reichen Burgenlandes mußten dem hungern-
den Wien verloren gehen, drei Jahre mußten wir vor den
Putschversuchen ungarischer und österreichischer Habsburger-
freunde auf der Hut sein. Nun endlich ist diese Gefahr, dank
der republikanischen Treue und soldatischen Tapferkeit unseres
überwiegend aus Sozialisten bestehenden Bundesheeres, die
Kriegsgefahr, die Putschgefahr und die unmittelbare Be-
drohung durch Habsburg abgetan. Es ist kein Zweifel, die
Sozialdemokratie und die Arbeiterschaft haben die Repu-
blik gerettet und aus den staatsrechtlichen Wirren
herausgeführt.

Zurzeit nimmt allerdings unsere Partei an der Regierung
nicht teil, aber dank ihrer Geschlossenheit und ihrer täglich
wachsenden Macht beeinflusst sie die Geschicke des Landes in
entscheidender Weise. Ihrer Umsicht und Fähigkeit ist es zu
danken, daß auch das politische Problem der Stadt
Wien endgültig gelöst. Diese Residenzstadt der Habsburger,
diese Stadt der servilen Hoflieferanten besaß zwar das Recht
eines eigenen Statuts, aber sie stand in der Kaiserzeit unter
einem A. K. Statthalter und unter der Oberhoheit eines
kaiserlich-österreichischen Landtags. Diese Fesseln sind zerhackt,
die Stadt Wien ist vom 1. Januar d. J. an eine freie Repu-
blik, die unmittelbar dem Bunde angehört, wie etwa Ham-
burg dem Reiche. Die zweimillionenstadt ist heute ein
industrieller und kommerzieller Freistaat an der Donau und
er wird regiert von einer Zweidrittelmehrheit von Sozial-
demokraten. Wien ist heute wohl das größte städtische Ge-
meindewesen der Welt, das von der Arbeiterschaft verwaltet
wird. Auch dies danken wir der Einheit der Arbeiter-
bewegung in unserem Lande.

Diese politischen Erfolge sind überschattet durch die wirt-
schaftlichen und sozialen Sorgen. Der Zusammenbruch unserer
Währung und der Ruin der Bundesfinanzen
haben die Massen einer Verzweiflung zugeführt, die am 1. De-
zember sich in Demonstrationen und Plünderungen ent-
lud. Ueber ein Jahr hatte die agrarisch-sozial-demokratische Re-
gierung untätig auf die Kredithilfe der Entente gewartet,
kostbare Zeit war versäumt worden. Da gab die Partei durch

das sozialdemokratische Finanzprogramm der bürgerlichen Mehrheit einen mächtigen Anstoß. Auch bei uns gilt es, die ruinöse Entwertung des Lohngebeldes zu verhindern durch ausgiebige Besteuerung. Obwohl an der Regierung nicht beteiligt, ist die Partei zur Trägerin der Finanzreform geworden und hat für Steuern gestimmt, die in erster Linie die Bourgeoisie und den Luxus, aber auch die gesamte Volkswirtschaft schwer belasten. Die eine Forderung allerdings, daß die ausländischen Wäluen und Devisen vom Staate angefordert werden, wurde nicht erfüllt. Immerhin aber kam es zu einem Gesetze, das die Anmeldepflicht für Wäluen vorsieht. Die Neubesteuerung wird mit Jahresbeginn wirksam und zum Teil durch noch bevorstehende Gesetze ergänzt werden. Und es ist abzuwarten, wie weit dieser Versuch, sich durch Selbsthilfe zu retten, gelingen mag.

Mit der Finanzreform ist auch eine Reform der staatlichen Lebensmittelsbewirtschaftung verbunden. Auch in Oesterreich war der Staat gezwungen, Milliarden auf Brot, Mehl, Fett usw. aufzuzahlen. Diese Zuschüsse trugen dazu bei, die Staatsfinanzen zu ruinieren. Die Partei konnte sich der Notwendigkeit des Abbaues der Lebensmittelzuschüsse nicht verschließen. Sie stellte allerdings die Bedingung, daß der Abbau nicht auf Kosten des Reallohnes der Arbeiter und Angestellten erfolgen dürfe. Die Partei führte einen heftigen und jähen Kampf, bei dem die Gewerkschaften und Genossenschaften sie in vollem Einverständnis unterstützten, sowohl in den wirtschaftlichen Korporationen wie im Parlament, um eine Schädigung der Arbeiterklasse zu verhindern. Der Preisanschlag, der durch den Wegfall des Zuschusses auf die Lebensmittel gemacht werden mußte, wurde durch das Abbaugesetz in der Form eines gesetzlichen Zuschusses auf die Unternehmer überwältigt. Hier zeigte sich nun bei kinderreichen Familien eine besondere Schwierigkeit. Der ledige Arbeiter bezog eine Zulage, die kinderreiche Familie fünf bis sechs Zuluhen. Diese Verschiedenheit ließ sich auf den vom Unternehmer zu zahlenden Lohn nicht überwälzen. Die Partei löste das Problem durch die Einführung der Kinderversicherung. Der Unternehmer zahlt einen Durchschnittszuschlag an den Arbeiter und außerdem einen Beitrag an die Kinderversicherung, diese übernimmt die Last, die Zulage an kinderreiche Familien zu leisten. Am letzten Sonntag ist dieses System in Kraft getreten. Ungefähr die erste Hälfte der Zuschüsse wird diesmal abgebaut, der Rest folgt in wenigen Wochen. Die Kinderversicherung aber ist eine wertvolle Bereicherung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung. Es ist dafür gesorgt, daß sie dauernd bleibt.

Durch die Aufbringung neuer Einnahmen und durch die Beseitigung unhaltbarer Ausgaben soll also die Staatswirtschaft in Ordnung gebracht werden, und die geordnete Staatswirtschaft soll die Voraussetzung für die Wiederherstellung einer zahlungsträchtigen Währung schaffen. Der Weg zur Rettung, zur Behauptung der Republik aus ihrer eigenen Kraft ist damit betreten. Ob er zum Ziele führt, hängt freilich nicht von uns Sozialdemokraten ab, er hängt auch nicht von Oesterreich allein, sondern von der Gestaltung der Weltwirtschaft ab. Die Erfüllung der deutschen Reparationsfrage ist auch für uns die Vorfrage der Rettung.

Ob sich die Entente dazu bestimmen wird, das Versprechen, das sie in Saint Germain gegeben, zu erfüllen und uns wenigstens jetzt sozial Kredite zu gewähren, als wir zur Stabilisierung der Wäluen bedürftig, ist noch ungewiß. Es heißt, daß in dem Vertrage von Vana, den die Republik Oesterreich mit der Tschechoslowakei geschlossen hat, vorgesehen ist, daß die Tschechoslowakei Oesterreich einen Kredit von 500 Millionen Tschechoskronen gewähren soll. Sie selbst erhält von England einen namhaften Kredit und gibt einen Bruchteil an Oesterreich weiter. Wenn dies der Fall ist, so wäre eine Erholung Oesterreichs nicht ausgeschlossen. Der Vertrag von Vana und die vorangegangene Konferenz zu Porto Rose wirken beide in der Richtung, den wirtschaftlichen Kriegszustand in Mitteleuropa zu beseitigen und den Friedensverkehr, den freien Handel und wirtschaftliche Zusammenarbeit wiederherzustellen. Beide Abmachun-

gen sind daher im gesamteuropäischen wie in unserem österreichischen Interesse zu begrüßen. Viel umstritten allerdings werden die politischen Bestimmungen des Vertrages von Vana sein, worin die Republik Oesterreich veranlaßt werden soll, der tschechoslowakischen Republik ihr Staatsgebiet und damit auch das deutsche Sprachgebiet in den Sudetenländern zu garantieren. Wie es scheint, stützt diese Klausel auf den Widerstand der großdeutschen Partei im österreichischen Nationalrat, ohne die die Christlichsozialen keine regierungsfähige Mehrheit bilden können. Das gäbe allerdings eine Regierungskrise. Die Sozialdemokratische Partei sieht auch einer solchen Episode mit Ruhe entgegen, sie wird den Vertrag von Vana unvoreingenommen prüfen. Ihre Politik ist und bleibt dahin gerichtet, neue Verhandlungen zwischen den Völkern hintan zu halten, Beziehungen der Freundschaft und der friedlichen Zusammenarbeit wiederherzustellen und in Mitteleuropa solche Zustände zu schaffen, daß die Völker wieder gefunden, ihre Wirtschaft wieder gedeihe und vor allem die Eintracht zwischen den Arbeiterklassen aller Nationen und Fraktionen wiederhergestellt werde.

Ein Friedensgruß aus Frankreich.

V. Sch. Leipzig, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die Nachmittagsigung begann mit einem Referat Lebedours über das Parteiprogramm der U.S.P. In der sicherlich löblichen Absicht, seine Thesen wissenschaftlich zu begründen, holte er ziemlich weit aus, fand aber bei seiner Hörerschaft kein tonzentriertes Interesse. In der Diskussion kamen bisher nur drei Redner zu Worte, die alle über die Frage der Einigung sprachen. Der erste war Hensel-Oera, der ohne Vorbehalt für die Einigung aller Sozialisten eintrat, im Gegensatz zu Friedrich Adler vor Illusionen über die Möglichkeit einer Einigung mit Moskau warnte und die Einigung der Sozialisten als die wahrhaft revolutionäre Tat der Gegenwart bezeichnete. Der zweite Redner Hauch warnte davor, dem Gang der Entwicklung voranzueilen, und schlug die Einberufung eines Allgemeinen Arbeitertages vor. Die Stellungnahme des Parteivorstandes wird sodann in leider ganz eindeutiger Weise durch Luise Ziegler gekennzeichnet, die nach einigen rühmlichen Verbeugungen vor dem Gedanken der Einigung sich mit aller Schärfe gegen die S.P.D. wandte und von den Absichten unserer Partei nach einer vollzogenen Einigung ein nach Belieben einstelltes Bild gab. Es folgte die übliche Verdamnung der Koalitionspolitik. Die Hauptaufgabe der U.S.P. kennzeichnet Luise Ziegler unter Berufung auf Adler darin, die Arbeiterklasse vom Bürgerium und die mehrheitssozialistischen Arbeiter von der Koalitionspolitik loszulösen. Diese Rede bestätigte die weitverbreitete Ansicht, daß die stärksten Widerstände gegen die Einigung von den Kreisen der gegenwärtigen Parteileitung der U.S.P. ausgehen.

Das Ereignis des Tages war die darauffolgende Begrüßungsansprache des inzwischen wiederhergestellten Generalsekretärs der französischen Partei Paul Faure. Noch nie ist seit Kriegsende mit solcher inneren Wärme und solcher rückhaltlosen Aufrichtigkeit von französischer sozialistischer Seite die Notwendigkeit der deutsch-französischen Verständigung und des brüderlichen Zusammenwirkens des deutschen und französischen Proletariats verkündet worden. Wohl betonte Faure die besondere Solidarität zwischen der französischen Partei und der U.S.P., aber kein Wort kam über seine Lippen, daß irgendwie als eine Spitze gegen unsere Partei aufgefaßt werden könnte. Ganz im Gegenteil hob er hervor, daß nach seiner Ueberzeugung keine von den sozialistischen Richtungen sich an der Orgie des Völkerrasses beteiligt habe. Ergreifend war die Stelle seiner Rede, in der er einen Brief erwähnte, den während des Krieges ein französischer sozialistischer Arbeiter aus dem vordersten Schützengraben an seine Frau richtete, und der mit den Worten schloß: „Ich stehe auf verlorenem Posten; ich weiß, daß ich

nicht zurückkommen werde, und ich schreibe dir deshalb: Sag unserem Jungen, daß er niemals die Leute hassen dürfe, die mich getötet haben.“

Mit größter Erbitterung sprach Faure von dem gegenwärtigen Regime des Nationalen Blocks, das Frankreich entehre. Offen legte er die schwierige Lage der französischen Partei dar, die durch Kommunismus und Spaltung stark heruntergelassen sei, indessen aber ihren Mitgliederbestand von 1914 bald wieder erreicht haben wird, während die französischen Kommunisten in voller Ausübung begriffen seien. Die französische kommunistische Partei charakterisierte er mit genau denselben Worten, wie es kürzlich der „Vorwärts“ getan hat: „Eine große Farce, die ihresgleichen nicht kennt.“ Auf die Frage der Internationale übergehend, teilt Faure mit, daß die französische Partei ihre Absichten bezüglich der Einberufung einer internationalen Konferenz nach Paris habe ändern müssen. Der Grund liegt in der von uns sofort bemängelten Nichteinladung der Standinaver, mit denen sich die Zweite Internationale solidarisch erklärt hatte. Nunmehr soll die Einladung zu dieser Pariser Konferenz lediglich an die Arbeiterparteien der unmittelbar interessierten fünf Länder ergehen, und zwar an England, Deutschland, Frankreich, Italien und Belgien. Das Programm wird sich auf die zwei Punkte beschränken: Reparationsfrage und Entwaffnung.

Wer die überaus sympatische, in jeder Hinsicht freimütige Rede des Genossen Faure mit angehört hat, wird augenblicklich einen Augenblick daran zweifeln, daß es unseren französischen Genossen in ihrer Absicht, für Frieden und Freundschaft zwischen den europäischen Völkern, besonders zwischen dem deutschen und französischen Proletariat zu wirken, heiliger Ernst ist. Die Frage ist nur, ob nicht mit der Einladung der Kommunisten ein Element der Unaufrichtigkeit und der Zwitterart in die Debatte geworfen wurde, durch das die Bedeutung und der Erfolg dieser ersten großen internationalen Aktion nach dem Kriege gefährdet werden könnte.

Streik in der Sonnenburger Strafanstalt.

In der Strafanstalt Sonnenburg ist gegenwärtig eine neue kommunistische Aktion im Gange, die zurzeit die Staatsanwaltschaft in Berlin beschäftigt. Vor einigen Tagen waren aus der Strafanstalt Sonnenburg fünf Gefangene nach Sonnenburg übergeführt worden, weil sie noch immer eine geregelte Nahrungsaufnahme verweigerten. Die Ueberführung erfolgte, um die Gefangenen auseinanderlegen zu können und sie so dem Einfluß ihres Anführers zu entziehen. Bei der Ankunft in Sonnenburg hielten sich die Kommunisten jedoch an den Händen fest und verlangten in einer gemeinsamen Zelle untergebracht zu werden. Diese Forderung wurde durch die Leitung abgelehnt und die Beamten mußten schließlich Gewalt anwenden, um die widerstrebenden Gefangenen in ihre Zellen zu transportieren. Die fünf Kommunisten behaupteten nunmehr, daß sie in rohester Weise mißhandelt worden seien und wandten sich an die kommunistische Partei. Mit Genehmigung des Justizministeriums fuhr Justizrat Broh von Berlin nach Sonnenburg, der feststellen konnte, daß einer der Kommunisten Schrammen im Gesicht hatte. Bei den übrigen waren Spuren legebewährlicher Mißhandlungen nicht festzustellen. Trotzdem traten die übrigen Insassen der Strafanstalt, etwa 400 Gefangene, in einen Arbeitsstreik und erklärten, daß sie solange jede Arbeit verweigerten, bis der Hauptwachmeister Schulz, der die Sonnenburger Gefangenen besonders schwer mißhandelt haben sollte, aus dem Dienst entsezt sei. Da gütliches Zureden durch den Leiter der Strafanstalt Sonnenburg nichts fruchtete, wurde Erster Staatsanwalt Vogt im Auftrage des Generalkonsultenrats mit einer Untersuchung dieser Angelegenheit betraut. Die Ermittlungen ergaben die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen. Ein Teil der übrigen Gefangenen hat am Montag die vorgeschriebene Arbeit in der Strafanstalt wieder aufgenommen.

De Valera, der unerbittliche Sinnfeiner-Führer für Vorfassung Irlands von England, teilte dem Dalí Circaam seinen und seines Kabinetts Rücktritt mit.

„Optieren.“

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Am Mittwoch, den 4. Januar 1922, konnte man in Zeitungen, an Anschlagtafeln usw. folgenden Aufruf lesen:

Ostmärker, Oberschlesier!

Wollt Ihr deutsch bleiben? So optiert für Deutschland!

C'est un not, da die Optionsfrist am 9. Januar 1922 abläuft!

Das las auch Friedrich Merkel und zeigte es seinem Landsmann Paul Müller. Sie waren beide durch den Friedensvertrag „an Polen gefallen“, verspürten aber keine Lust, in Polen zu bleiben. Darum hatten sie sich in einer deutschen Großstadt, wo sie während des Krieges ein paar Monate lang im Bazarren logen, nach Arbeit umgesehen. Im Laufe des Jahres hofften sie Wohnung zu bekommen und dann sollten ihre Familien nach Deutschland übersiedeln.

Nun sollten sie für Deutschland optieren, und zwar bald, da die Optionsfrist in einigen Tagen ablaufen wird. Sie wollten es gern tun. Hätten sie nur gewußt, was sie eigentlich machen sollten! „Was heißt optieren?“ fragte Merkel. „Was ist Option?“ wollte Müller wissen. Der Aufruf enthielt noch 18 Zeilen kleiner gedruckten Text. Vielleicht war da Näheres zu erfahren.

Zunächst befahte sich ein neun Zeilen langer und sehr schwülstiger Satz mit Artikel 91 des Friedensvertrages, auf Grund dessen die Bewohner der an Polen abgetretenen Gebiete die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Absatz 2 lautete: „Wer seine deutsche bzw. preußische Staatsangehörigkeit wiedererlangen wolle, muß für Deutschland optieren.“ Durch die Option wird die frühere preussische pp. Staatsangehörigkeit wieder zurückverlangt.“ Merkel machte ein paar besohnte Bemerkungen über die Ausdrücke „bzw.“ und „pp.“. Müller aber sagte: „Nun wissen wir immer noch nicht, was optieren und Option heißt. Vielleicht sagt es uns der letzte Absatz!“ Aber da stand nur, wo Optionserklärungen entgegengenommen werden und welche Papiere „beizubringen“ sind.

Was sie am Donnerstag und Freitag trafen, den fragten sie, was optieren und Option zu bedeuten habe. Aber niemand konnte Auskunft geben. Am Freitag war die Stadtbücherei geöffnet. Merkel ging nach Arbeitschluss hinein und ließ sich den Friedensvertrag geben. Da er sich die Nummer des Artikels gemerkt hatte, fand er sich in dem dicken Buch leicht zurecht. Absatz 3 von Artikel 91 sicherte ihm „la faculté d'opter pour la nationalité allemande“. Der deutsche Text redete von einem Recht, „für die deutsche Angehörigkeit zu optieren“. Zwei Absätze weiter unten war das französische Dingwort mit Option „übersetzt“. Merkel vertiefte stehend die Stadtbücherei.

Am nächsten Tag erkundigten sich die beiden eingehend, ob jemand ein Begleitblatt besitzt. Schließlich sagte ein Arbeitskollege: „Ich kenne einen, bei dem wohnt einer im Hause, der eins hat!“ Gleich am selben Abend wurde der Eigentümer des Begleitblatts aufgesucht. Erst sah er die Büchertafeln etwas verwundert an. Dann stellte er den Band 12 zur Verfügung. Außer optieren und Option lasen Merkel und Müller noch das Wort Optant. Dann war

vom jus optima die Rede. Das ist das „Wahlrecht in bezug auf die Staatsangehörigkeit, welches den Bewohnern eines annektierten Landes bei Abschluß des Friedens bis zu einer gewissen Zeit gelassen wird“. Sie lasen weiter, daß der Breslauer Frieden fünf, der Wiener Frieden von 1864 sechs Jahre Zeit ließ, und daß der Frieden, der den Krieg von 1870 beendete, den Bewohnern von Elsaß-Lothringen bis zum 1. Oktober 1872 gestattete, sich für Frankreich zu erklären. 162 633 Personen entschieden sich für Frankreich. Davon zogen aber nur 38 000 nach Frankreich.

Müller und Merkel wußten genug. Am Montag, dem letzten Tage, fanden sie sich an der zuständigen Stelle ein, um ihre „Optionserklärung“ abzugeben. Man schickte sie von einem Zimmer zum anderen. Als sie endlich vor dem Beamten standen, der die Erklärung entgegennahm, war es sieben Minuten vor Schluß der Dienstzeit. Der Beamte schimpfte und sagte: „Müssen Sie erst den letzten Augenblick kommen?“ Die „Optanten“ meinten: „Es hat so spät im Winter gestanden!“ Der Beamte sagte: „Vorigen Dienstag stand es drin! Warum kommen Sie erst heute?“ Inzwischen waren die Formalitäten erledigt. Müller und Merkel hatten ihre Bescheinigungen eingestrichelt. Sie standen bereits an der Tür. Da sagte Merkel: „So lange haben wir gebraucht, um Ihr elendes Amtsdeutsch zu verstehen!“

Die Mathäus-Passion als Drama. Einen eigenartigen Vorschlag macht Ferruccio Busoni im neuesten Heft der Zeitschrift „Faust“, indem er eine szenische Darstellung der Mathäus-Passion befürwortet und einen interessanten Entwurf für eine solche Ausführung vorstellt. Er beginnt mit einer persönlichen Erinnerung. „Herr von Herzogenberg war es“, schreibt er, „der mich zum erstenmal in die Mathäus-Passion schickte, zur Förderung meiner musikalischen Erziehung. Schon damals fiel mir die theatralische Festigkeit der Rezitative auf. Diese Rezitative und die bewegten Chöre haben seit Jahren in mir den Wunsch genährt, eine szenische Darstellung der Mathäus-Passion zu entwerfen, wamöglich zu erleben. Die Schwierigkeiten, die sich diesem Plan entgegenstellten, sind beträchtlich. Ungleich den sog. „Katakombenbergen“, die den wandernden Volkshörer durch zwölf Stationen in Spiralen zur Höhe führen, also die drei Kreuze, methin sichtbar, die Leidensgeschichte beschließen — ist auch musikalische Illustration eher einem Fries vergleichbar, worauf die Vorgänge hintereinander in gerader Linie abgebildet sind.“ Durch diese Anordnung ist nach Busonis Ansicht die Möglichkeit einer Kürzung gegeben, bei der die Arien kurzerhand entsezt werden könnten. „Das Einzelne dem Ganzen zu opfern“, sagt er, „ist eine der gebieterischen — wenn auch meist schmerzhaften — Pflichten bei der Gestaltung in der Kunst. Einmal die Arien ausgeschaltet, es blieben die Erzählung, die Handlung und der Gesang der Gemeinde. Bei der hürtigen Gedrängtheit von des Evangelisten Bericht würden die geschauten Vorgänge so rasch vor sich gehen müssen, daß sie sich überstürzten. Diefem verwirrenden Tempo Rhythmus und Ueberfälligkeit zu verleihen, sollen die beiden übereinandergestellten Bühnen dienen, durch sie gewinnen wir an Raum und an Gleichzeitigkeit.“ In einer Skizze hat Busoni dieses von ihm geschaffene Bühnenbild aufgezeichnet. Der dargestellte Raum klingt an eine gotische Kathedrale an, um

„einen gesammelten, innerlichen, zugleich einheitlichen und unwaandelbaren Charakter zum Ausdruck zu bringen. Zwischen den beiden Bühnen, von denen die eine höher gelegen ist, liegt auf halber Höhe rechts und links die „Gemeinde“, die den Chor darstellt. Auf der Kanzel, die ebenfalls in halber Höhe in der Mitte ist, steht der Erzähler, die Szene beherrschend und zugleich als Mittelpunkt, „von dem aus die Fäden der Handlung und der Partitur nach allen Seiten strahlenförmig sich ziehen“. Dem Ausschnitt der oberen Bühne ist ein Horizont als Hintergrund und damit die Andeutung der öffentlichen Straße gegeben, wo ein Vorgang „im Freien“ abspielt zu denken ist. Während des Gesanges der Chöre kann sich der Beginn oder der Nachklang eines szenischen Kapitels stumm entwickeln.“

Tänze. Sagen wir, es war Marion Hermanns Tanzabend und es war Boulesteil's Fournes' Debut vor vollbesetztem Saal im Künstlerhaus; beide tanzten für sich, ihr gesondertes Programm. Die 21jährige Herrmann und die 16jährige Fournes wie eine Blume und wie ein Blümlein auf der Oberfläche eines Sees, der in Fächeln und wieder in höherer Himmelsstimmung schaukelte. In die Rhythmen großer Meister gebunden, entfalten die Mädchengestalten ihre Anmut, Adelsgeschöpfe ohne Eitelkeit — zur Ehre ihrer Schule und zur Ehre der Kunststadt Berlin, wenn die Tänzerinnen demnächst hinausträten in die weitere Öffentlichkeit und über die Landesgrenzen.

Wenn man ein solches Mädchenfest hat, dem ein wildes Wuschelhaar noch etwas Cominartiges verleiht, dann soll man darauf verzichten, mit Armen und Beinen Philosophie und Weltanschauung ausdrücken zu wollen. Melancholie, Sehnsucht, Trauer gehören nicht. Man sieht das Wuschelhaar und lächelt. Dem Fräulein Pacour-Lorup liegen die heiteren, frohen Tänze, die ledigen und drohenden Bewegungen, das spühbüchliche Lächeln (über den Sektisch hinweg). Darin kann sie manches und wird noch mehr können, darin zündet sie und entflammt.

Aus Goethes Knabenzeit. Goethes „Königsleutnant“ Graf Thorane, der bekanntlich in der Jugendgeschichte des Dichters eine so große Rolle spielt, ist neuerzeit durch Martin Schubarth erst wieder entdeckt worden, indem dieser Gelehrte die von Frankfurt Rüstern gemalten und seitdem verschollenen Josef-Bilder wieder auffand, für die ein Kuffay des 12jährigen Wolfgang Goethe das Thema gegeben hatte. Die Bedeutung dieser Josef-Bilder ist jetzt wieder bei dem Eintritt um die Echtheit der von Professor Paul Piper aufgefundenen „Josef“-Handschrift von Manuel Schnizer in einer vielbeachteten Streitschrift hervorgehoben worden. Als ein wertvoller Zeuge in diesem Streit hat sich nun ein Nachkomme des Königsleutnants, Graf Pegulshan de Sartout-Thorane gemeldet, der in einem Brief an Prof. Piper mitteilte, daß auf seinem Schloß Rouans-Sartout in der Provence, wo Schubarth die jetzt im Frankfurter Goethe-Museum befindlichen Josef-Bilder fand, noch mehrere unbekannte Gemälde desselben Stoffgebiets von gleicher Herkunft vorhanden seien. Der Graf hat Prof. Piper alle den Knaben Goethe betreffenden Stücke seiner Galerie sowie andere Dokumente aus der Frankfurter Zeit des Königsleutnants, die sich noch in seinem Besitz befinden, zur Verfügung gestellt, so daß wir wertvolle neue Aufschlüsse über diese wichtige Episode aus Goethes Jugend erwarten dürfen.

Die Herrschaft des Aberglaubens.

Occultismus, Spiritismus, Mystizismus in Berlin.

Das tragische Ende der Hedwig Müller-Hehling, bei dem der „Professor“ Weber-Robine, Präsident der „Okkultistischen Volkshochschule“, eine höchst bedenkliche Rolle gespielt zu haben scheint, macht uns unwillkürlich wieder auf das Treiben von Kreisen aufmerksam, die angeblich, mit dem „Uebersinnlichen“ Beziehungen zu unterhalten“. Doch es in Berlin, das man als „Metropole der Intelligenz“ bezeichnet, damit nicht anders steht als mit anderen Orten, ist bekannt. So ist der aus dem altgermanischen Heidentum stammende Glaube an die „Weiße Frau“ hier von jeher besonders lebendig gewesen, und noch heute gibt es namentlich in den Kreisen des Adels und der bisherigen Hofgesellschaft viele, die an ihm festhalten.

Die weiße Frau der Hohenzollern.

Doch gerade Berlin hauptsächlich dieses Spuks wurde, führte sicher ein erster Vorfall beim Tode Friedrichs I. im Jahre 1713 herbei, der auf seinem letzten Krankenlager beim plötzlichen Eintreten seiner in Irrsinn verfallenen dritten Gemahlin die weiße Frau zu sehen glaubte. Sein raucher, derber Sohn, der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I., schritt energisch gegen allen Schwindel ein und ließ ertrappte Betrüger, die sich als „weiße Frau“ verummumt hatten, öffentlich bloßstellen. Auch unter der Herrschaft des „aufgeklärten Despoten“ Friedrich II., der ja nicht nur den Freigeist, sondern auch den Religionspöster spielte, kam die „Spukerei“ nicht recht zur Geltung. Reich erschüttert wurde sie dafür unter der Mißwirtschaft seines Schwachen, liebedürftigen, dem Mystizismus ergebenen Neffen Friedrich Wilhelm II. Er war dem Wunderschwundel jener Tage hochgradig zugeneigt, ließ sich von seinen Günstlingen Bischofwerder und Möllner in die Geheimnisse der Rosenkreuzer, Illuminaten und ähnlicher Orden einweihen und schaute mit gläubiger Begier die Geister des Großen Kurfürsten und anderer, die ihm mittels künstlicher Maschinen vorgeführt wurden.

Vorübergehende Aufklärung.

Freidenker, wie der Buchhändler Nicolai in Berlin und der Professor Wagener in Rathenow, Verfasser der einst sehr beliebten „Gespenster“, kämpften mit Recht gegen solchen Schwindel an, und im neunzehnten Jahrhundert mußte wie überall so auch in Berlin der Aberglaube der zunehmenden Aufklärung weichen. Doch behielt er noch immer große Macht, das beweisen neben dem alltäglichen Treiben von „Kugen Frauen“, Kartenlegern u. dgl. Vorfälle wie das Auftreten des Wundermädchens aus der Schifferstraße. Und als vollends von Amerika aus der Spiritismus nach Europa kam und immer weitere Kreise ergriff, blieb auch Berlin nicht zurück. Namentlich im letzten Viertel des Jahrhunderts, wo eben die richtige Fin-de-siècle-Stimmung herrschte und die Extreme sich berührten, sehen wir auch wieder den Aberglauben üppig gedeihen. Vorgänge, wie der „Spuk von Refau“, wo der siebzehnjährige Dauernbursche Karl Wolter Herren und Damen der sogenannten Gesellschaft mittels zum Teil recht plumper Manipulationen zu düpierten wußte, und der Prozeß des Mediums Valenta Löpffer, für das namentlich Dr. Gabert Müller mit Begeisterung eintrat, zeigten von der wachsenden Macht des Spiritismus in Berlin und Umgegend.

Wie der Spiritismus wirkte.

Doch die Sache auch sehr ernste Seiten hatte, bewies u. a. der Mord am Teufelsberg, wo die Arbeiterin Luise Berger durch den Tölpelgeistes Eugen Jänike unter Zuhilfenahme angeblicher Zauberer vergiftet und beraubt wurde. Einen tiefen Einblick in das Treiben spiritistischer Zirkel gewährte 1903 der Prozeß des „Blumenmediums“ Anna Kothke, die nach längerer Verhandlung von der ersten Strafkammer des Landgerichts II wegen Betruges zu achtzehn Monaten Gefängnis verurteilt wurde. In seinem Plädoyer äußerte der Verteidiger Dr. Thiele: Das Verfahren sollte ein großer Schlag gegen den Spiritismus sein, es ist zu einem Schlag ins Wasser geworden. Es sei die größte Klippe für den Spiritismus. Er irrite nicht. Die gläubigen Spiritisten ließen sich durch die Beurteilung der Kothke in keiner Weise von ihrer Sache abbringen. Versammlungen, wie die der Loge „Wische für Wahrheit“, in denen Jacques Gröll und andere bekannte Redner aus leidenschaftlichste für sie eintraten, waren überfüllt und führten dem Spiritismus immer neue Scharen von Anhängern zu. Der Name Anna Kothke

war eine Zeitlang Schlagwort in Berlin und ihre Kartenschilder fanden reichenden Absatz. Kompromittierende Vorfälle, wie das erbauische Ende des Meisters des spiritistischen Vereins „Neue Menschheit“, Karl Wald, schadeten der Bewegung wenig.

Die Enthüllungen über den Fürsten Philipp Eulenburg, die auch den Namen Wilhelms des Dritten mit dem Spiritismus in nahe Berührung brachten, bewiesen, wie sehr gerade die „höhen und höchsten“ Kreise von mystischen Dingen beinflusst sind. In ihrem Sinne wirkten zahlreiche Vereinigungen, so die Logen „Cos zur Erkenntnis“ und „Justinus Kerner zur Einigkeit“, die „Deutsche Gesellschaft für Seelenforschung“, die „Sphinx“, der „Bund für Naturerkenntnis auf christlicher Grundlage“, die „Gemeinde Auf zur Sonne“, ebenso Zeitschriften wie die „Uebersinnliche Welt“. Von dichterischen Größen ließ namentlich Frau Clara Esjell-Rillburger, Gattin Viktor Blüthgens, mediale Klänge ertönen. Malmeblen wie Wilhelmine Wilmann und Frida Genies zeigten vor der Öffentlichkeit ihre Kunststücke unter gewolltem Zulaufe. Wenn polizeiliche Schritte so gegen das Medium Frau Abend resultatlos blieben, war dies Wasser auf die Mühle der Spiritisten. Für das Jahr 1914 wurde ein internationaler Okkultistenkongreß in Berlin geplant und schon große Vorbereitungen getroffen, das Zustandekommen aber durch Zwistigkeiten unter den Komiteemitgliedern und den Ausbruch des Weltkrieges verhindert.

Der Krieg als Förderung des Uebersinnlichen.

Doch dieser Krieg einen großen Einfluß auf das religiöse Empfinden der Massen haben mußte, ist klar. Auf der einen Seite wurden viele gläubige Christen an einem Gotte, der solche Greuel geschehen ließ und auch gegen die flehentlichsten Friedensgebete taub blieb, irre. Auf der anderen Seite aber suchten auch viele in so schwerer Zeit Trost im Uebersinnlichen, und so haben denn okkultistische, spiritistische, theosophische und ähnliche Bestrebungen in den letzten Jahren auch in Berlin einen starken Aufschwung genommen. Die Tatsache, daß die allermeisten okkulten Kriessprophezeien total fehlschlugen, ändert daran nichts. Prozesse, wie die gegen die Gesundbeter, deren Wiesen die Schauspielerinnen Natscha Vuhe und Alice v. Arnould zum Opfer gefallen waren, sprachen von der wachsenden Macht des Wunderglaubens. Wir wollen nicht bestreiten, daß in den Vereinstagungen oft auch lehrreiche und interessante Vorträge gehalten werden, die keineswegs immer vom Standpunkt des Spukglaubens ausgehen. Im ganzen aber überwiegt der Hang zu mystischen Darbietungen aus dem Jenseits, und Redner wie Brandier, Pracht und Bergt-Schau kommen ihm eifertig entgegen. Die alibiethischen Zielsetzungen mit Tischreden, Trancereisen, Geisteskreist u. dgl. sind noch sehr im Schwunge. Wer ihnen als kühl-besonnenen Beobachter beimohnt, gewahrt nicht viel Wunderbares oder Unerklärliches, während die anwesenden Spiritisten meist schon von den unbedeutendsten Phänomenen entzückt werden. Geistermaterialisationen, mit denen früher viel Aufsehens gemacht wurde, scheinen jetzt fast nur noch im engeren Kreise, unter fernhaltung von Neugierigen stattzufinden, während man doch annehmen sollte, die Geister müßten sich mit Vorliebe gerade an ihre Zeugnissen wenden, um sie durch ihr persönliches Erscheinen zu belehren. Welch gefährliche Früchte der Aberglauben zeitigen kann, hat nun wieder der Fall der Hedwig Müller-Hehling bewiesen. Wir wollen hoffen, daß die Untersuchung bald Licht in die Sache bringt und doch dem schändlichen Treiben der Geschäftsokkultisten energisch entgegengegearbeitet wird.

Mißbrauchte Gastfreundschaft.

Raubmordversuch an einem einarmigen Invaliden.

Wegen versuchten Mordes und schweren Raubes stand gestern ein gewisser Karl Schoel vor dem Schwurgericht des Landgerichts I, welches unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rehn eine neue Tagung begann. Der schon mehrfach vorbestrafft Angeklagte war längere Zeit bei der Frontstadt-W.G. tätig gewesen und kannte die Verhältnisse auf dem Holzplatz der Gesellschaft in der Landwehrstraße sehr genau. Er wußte auch, daß dort als Wächter der einarmige Invalide Sänder während der Nacht in seiner Wächterbude schlief.

„Und was war das?“
 „Daß man Vertrauen zu ihm haben konnte — das Vertrauen, das eine Frau an dem Mann am höchsten schätzt, der Vater ihrer Kinder werden soll.“
 „Was ist das für ein Vertrauen?“
 „Das Vertrauen, daß er fähig wäre, seiner Liebe ein jedes Opfer zu bringen.“
 „Und das Vertrauen hatten Sie nicht zu mir?“
 „Wäre ich Ihnen gewesen, was ich ihm war, dann hätten Sie nicht — nicht den Namen Ihres Onkels auf dem Wechsel gefälscht.“
 „Jetzt war es endlich gesagt — dennoch.“
 „Hal — Der alte Geizhals, den ich beerben sollte, und der mich so knapp hielt, daß meine Studiengeldern mir helfen mußten! Fanden Sie wirklich, daß meine Schuld so groß war, daß Sie danach kein Vertrauen mehr zu mir haben konnten?“
 „Es war genug, um Ihre Zukunft zu ruinieren — und die Zukunft derjenigen, die Sie an sich knüpfen wollten.“
 „Sie hielt inne und wandte sich ihm plötzlich voll zu.“
 „Sehen Sie, Werner Hilse, der angesehene Mann, wie Sie ihn nennen — er hätte so etwas allein seiner Liebe wegen nicht getan. Bei ihm ist es umgekehrt. Nur eines könnte ihn dazu bringen, Recht und Gerechtigkeit zu verletzen — die Liebe zu mir. Wenn mein Glück auf dem Spiele stünde — ja, dann könnte er ins Zuchthaus gehen, wenn es sein müßte — sehen Sie, dies Vertrauen meine ich!“
 Werner stützte sich auf den Rücken des Beinhuhls, wo Helwig kürzlich gestanden hatte. Seine Augen waren ihr während ihrer langen Rede und während ihrer starken Wanderung auf dem Teppich unverwandt gefolgt. Jetzt war es mit seiner Kraft zu Ende. Er sah sie schwer mit dem treuen Blick eines Hundes an, der ungerecht bestraft wird und sich nicht zu verteidigen vermag.
 Schließlich sagte er leise und still: „Sie sind also glücklich?“
 Das hatte sie nicht erwartet; solch entschlossenes und konsequentes Wort hatte sie als Frau nicht erwartet. Der tiefe Kummer, der durch die leise gesprochenen Worte klang, ängstigte und betäubte sie. Aber der Schritt war jetzt getan. Der Blick war jetzt Genüge geschehen. Es schwebte ihr ein Satz vor, den sie kürzlich irgendwo gelesen hatte: „Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist.“
 Sie raffte sich wie zu einem letzten Schlage zusammen.

Am Abend des 30. Juli v. J. besuchte er diesen, plauderte mit ihm bis nach 10 Uhr und bat ihn dann um die Erlaubnis, sich während der Nacht in der Bude aufzuhalten unter dem Vorbehalt, er habe die Stelle eines Portiers in einer in der Nähe befindlichen Fabrik angenommen, die er in der Frühe des nächsten Tages antreten solle. Das Nachquartier wurde ihm gewährt.

Während der weiteren Unterhaltung war der Zeuge Sänder so unvorsichtig, dem Angeklagten zu verraten, daß er Lohn- und Feuerungszulage ausgezahlt erhalten habe und das Geld bei sich trage. Dies erregte die Geldgier des Nachgastes. Als der Zeuge eingestimmt war und mit dem Kopfe auf dem Arm ruhte, schlich sich der Angeklagte hinaus, holte sich einen schweren Schmiedehammer und verfehlte dem Zeugen einen heftigen Schlag auf den Hinterkopf, der zweifellos tödlich gewesen wäre, wenn er nicht abgerutscht wäre. Der Betroffene sank sofort „willoso“ zusammen und hatte die Besinnung verloren. Der Angeklagte raubte ihm darauf seine Borschaft im Betrage von 400 M. und stürmte dann hinaus. Postulant hörten das Stöhnen des Zeugen, drangen in die Bude ein und fanden den Ueberfallenen in einer großen Blutlache liegend. Er wurde in das Krankenhaus überführt, hat dort lange Zeit zubringen müssen und noch heute unter den Folgen der schweren Verletzung zu leiden.

Während der Staatsanwalt auf versuchten Mord und schweren Raub plädierte, beantragte Rechtsanwalt Schroeder das Schuldig nur wegen versuchten Totschlages. In diesem Sinne gaben die Geschworenen ihren Wahrspruch ab. Der Staatsanwalt beantragte 10 Jahre Zuchthaus, das Gericht erkannte auf 6 Jahre Zuchthaus nebst den Ehrenstrafen.

Urkundenfälschung aus Unkenntnis.

Mit welchen Appellen sich mitunter der sehr kostspielige Apparat eines Schwurgerichts beschäftigen muß, zeigte ein Fall, mit dem gestern das Schwurgericht des Landgerichts I seine erste diesjährige Tagung begann.

Wegen Betruges und Fälschung einer öffentlichen Urkunde, einer Wochenkarte im Werte von 13 M., war die Handlungsgehilfin G. angeklagt. — Die bisher unbefohlene Angeklagte war bei einer Elektrizitätsgesellschaft in einem Vororte Berlins tätig gewesen. Als sie eine Gehaltsausbesserung erhielt, geschah dieses gleichzeitig mit einer Umwandlung des bisherigen Wochenlohnes in ein Monatsgehalt. Da sich eine Bitte um Vorschuhzahlung nicht so schnell erledigte, war die G. zu Anfang der zweiten Woche ohne Geld. In dieser Situation ließ sie sich verleiten, aus der abgelaufenen Wochenkarte der 31. Woche durch Radierung eine solche für die 34. Woche zu machen. Als sie die Karte benutzte, wurde sie festgenommen. Vor Gericht machte Rechtsanwalt Dr. Fagg geltend, daß unter mehreren tausend Menschen vielleicht einer sei, der wisse, daß eine gewöhnliche Fahrkarte eine öffentliche Urkunde sei, deren Fälschung ein schweres, mit Zuchthaus bedrohtes Verbrechen sei, für das nur das Schwurgericht zuständig sei. Die Geschworenen folgten auch dem Verteidiger, nahmen nur einfache Urkundenfälschung an und baten außerdem für die Angeklagte um Begnadigung. Das Gericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis und bewilligte der Angeklagten die bedingte Begnadigung.

Der Mord in Buchholz.

Die Tochter als Mörderin überführt.

Es ist nunmehr gelungen, den an dem Maler Bathauer in Buchholz verübten Mord aufzuklären. Die unter dem Verdacht der Begünstigung der Tat verhaftete Tochter des Ermordeten hat eingestanden, daß sie selbst die Täterin ist.

Wie wir berichteten, war das Mädchen unter dem Verdacht der Begünstigung verhaftet worden. Die Tat stellt sich dar als die Verzweiflungstat eines in völlig zerrütteten Familienverhältnissen aufgewachsenen Mädchens. Der Vater arbeitete selten, vertraut aber den Verdienst der Frau sowie der in der K.G. beschäftigten Tochter. Auf Anraten der Eltern ihres Verlobten wollte die Tochter mit der Mutter eine kleine Wohnung in Niederhohenhausen beziehen, um sich so von dem Vater zu trennen. Es galt nun die Möbel ohne Wissen des Ermordeten nach der neuen Wohnung zu schaffen, denn er hätte niemals zu diesem Umzug seine Zustimmung gegeben, da er es für angebracht gehalten hätte, den Hausrat nach und nach zu verkaufen, um den Erlös zu vertrieben. Am Mordtage sollte die Ueberführung der Möbel vorgenommen werden und das Mädchen wußte keinen anderen Ausweg als den Vater zu töten. Als der Vater sich ins Bett legte hatte, trat sie herzu und schlug mit einem Peil auf ihn ein. Als er trotz

„Ja, ich bin glücklich!“ sagte sie und hob den Kopf, ohne ihn anzusehen, indem sie sich dazu zwang, die Wahrheit ihrer eigenen Worte zu glauben, und damit kein Zweifel in seinem Herzen zurückbliebe, fügte sie hinzu:

„Und ich will ihm eine gute und treue Frau bis an mein Ende bleiben!“

Berner stand noch zögernd da und stützte sich auf den Stuhl. Dann richtete er sich langsam auf, ging auf sie zu und streckte ihr die Hand entgegen.

„Dann leben Sie wohl, Frau Hjarmre!“ sagt er.

Wieder wunderte sie sich, ohne zu wissen worüber. Ein eigenes Angstgefühl riß ihr ans Herz, indem sie seine Hand nahm und fragte: „Reissen Sie gleich wieder fort?“

„Ja!“ antwortete er.

„Wann sind Sie denn gekommen?“ fragte sie und zog ihre Hand zurück.

„Heute abend!“

„Reint! Er durfte nicht gehen — noch nicht.“

„Weshalb sind Sie gekommen?“ fragte sie, ohne ihn anzusehen.

„Ich hatte zweierlei Anliegen hier in der Gegend; und jetzt sind beide erledigt.“

„Sagen Sie mir, welche es waren!“ bat sie.

„Das erste wird Sie kaum interessieren!“ sagte er und wandte sich zum Gehen.

„Doch, doch — erzählen Sie mir etwas von sich!“ bat sie wieder.

„Er sah hastig zu ihr auf, sein Blick begegnete aber nicht dem ihren. Dann begann er zu erzählen.“

„Ich traf in Köln einen deutschen Zementfabrikanten. Wir reisten eine Zeitlang zusammen; und als er hörte, daß ich mit der Lehm- und Steinindustrie vertraut sei — es war ja beabsichtigt, daß ich einst die Werke auf dem Ziegelhof übernehmen sollte — da bot er mir eine Stellung als Reisender an. Er verlangte nur, daß ich eine Kaution von fünf-tausend Mark für die großen Reisepfeile stellen und mir eine erstklassige Ausstattung anschaffen sollte.“

„Konnten Sie das nicht?“ fragte Frau Helwig interessiert.

„Ich dachte, daß der Alte mir helfen würde.“

„Und jetzt sind Sie bei ihm gewesen?“

„Ja, das war mein erstes Anliegen.“

(Fortsetzung folgt.)

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

„Ja!“ antwortete sie und presste die Handflächen gegen die Hüften.

„Und Kammerherr Bönfeldts Tochter wollte nicht arm sein — wollte nichts fürs Leben und für die Liebe kämpfen; sie wollte eine sichere Zukunft und die Achtung aller Menschen.“

„Ja!“ antwortete sie noch einmal.
 Jetzt endlich löste der Trost in ihren Augen die Bitterkeit und den Hohn in seinem Gemüt.

Seine Brust wogte schwer, und seine Stimme wurde durch die Erregung, die er niederzwingen wollte, heiser.

„Ich aber liebte sie!“ sagte er und ballte unwillkürlich seine Hände.

Sie sah ihm gerade ins Gesicht. Jetzt wich der Trost in ihren Augen einer tiefen Blüt, von der sie plötzlich verdunkelt wurden.

„Das tat Hjarmre auch!“ sagte sie.
 Er sah die dunkle Blüt, die sein Gemüt so oft zum Beben gebracht hatte; und er durchlebte in diesem Augenblick die bitterste Enttäuschung seines Lebens.

„Hätte ich kein Geld gehabt“, flüsterte er, „und sein Ansehen, dann hätten Sie mich genommen.“

Frau Helwig schlug hastig die Augen nieder und schwieg. „Aber der junge, reiche Erbe“, fuhr er in steigender Erregung fort, die er nicht länger zu bekämpfen versuchte — „war plötzlich verarmt und verstoßen; und darum nahmen Sie den angesehenen Mann mit dem angesehenen Namen und der angesehenen Stellung.“

Frau Helwig trat vom Stuhl zurück in die Mitte des Zimmers.

Ihr Gemüt war in heftiger Bewegung. Sie hob den Kopf und schob die Brust vor, während ihre Hände um ihre Taille griffen, wie es ihre Gewohnheit war, wenn etwas sie erregte.

„Er hatte etwas vor Ihnen voraus“, begann sie wie zur Selbstverteidigung, „etwas, was nicht mit dem Namen und mit Geld gemacht ist.“

Der Parteitag der USPD.

Erster Verhandlungstag.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

BS. Leipzig, 9. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Dittmann (fortfahrend): Das Ende des Märzputzes war eine blutige Niederlage. Seitdem schwindet im deutschen Proletariat der Glaube an die Moskauer Gewaltmethoden. Die kommunistische Partei Deutschlands befindet sich in voller Auflösung. Die 21 Bedingungen Moskauer sind heute außer Kurs gesetzt und von der Sozialisierung kehrt man in Russland zum Kapitalismus zurück. (Sehr richtig!) Lenin hat sich als der größte Opportunist der Welt erwiesen. (Sehr richtig!) Unsere Losungen sind von den Kommunisten in etwas veränderter Gestalt heute als die ihrigen ausgegeben worden. Man ist dort froh, wenn man hinter uns her laufen kann. (Zustimmung.) Dem deutschen Proletariat und der Weltrevolution aber ist durch die Spaltung von Halle schwerer Schaden zugefügt worden. Trotz unserer scharfen Kampfstellung gegenüber den Moskauer Gewaltbarbaren werden wir Sowjetrußland auch in Zukunft helfend zur Seite stehen. Die Sammlung der proletarischen Kräfte ist und bleibt die Hauptaufgabe der USPD.

Sie hat das Proletariat vor dem Abgrund des Kommunismus, vor dem Sumpf des Sozialreformismus bewahrt. Im rechtssozialistischen Lager ist seit Jahr und Tag eine einschleimige Radikalisierung der Massen und eine Annäherung an unsere Politik zu verzeichnen. Die Ursache davon ist die Zerstörung der Illusionen über den Wert der Koalitionspolitik, die sie immer weiter entfernt vom Sozialismus und die Reaktion führt. (Zustimmung.) Heute muß selbst General a. Schönaich zugeben, daß außer dem jeweiligen Minister kein Angehöriger der Wehrmacht auf dem Boden der demokratischen Republik steht. (Hört! hört!) Jeder republikanisch-sozialistische Arbeiter stimmt uns zu, wenn wir sagen, eine schlimmere Klassenjustiz als heute hat es nie in Deutschland gegeben. (Stürmische Zustimmung.) Ebenso ist es auf allen anderen Gebieten. Unter den republikanischen Parteien gewinnen immer mehr diejenigen Elemente die Oberhand, die nach dem Großkapitalismus zur Sinnes-Partei hinstreben. Im Bunde mit dem Ententekapital werden diese Parteien die Hilfe der Rechtssozialisten bald entbehren können.

Wir waren stets bereit, in eine sozialistische Regierung einzutreten.

Unsere „diplomatische“ Antwort auf Görlitz

haben wir der besonderen taktischen Situation angepaßt und sehen uns erst von rechtssozialistischer Seite bestätigen, daß Zentrum und Demokraten keine Koalition mit uns wünschen. Wir haben damit das Mandat der SPD. durchkreuzt. Wir sind uns klar, daß das Gesamtinteresse des Proletariats stets in unüberbrückbarem Gegensatz zu dem Gesamtinteresse der Kapitalisten steht. Deshalb kommt für uns ein politisches Zusammenarbeiten mit kapitalistischen Parteien niemals in Frage. (Stürmischer Beifall.) Nicht Klassenharmonie, sondern Klassenkampf ist die Lösung. (Erneuter stürmischer Beifall.) Wir stehen fest auf dem Boden der sozialistischen Regierung.

Wir lehnen die Koalitionspolitik ab.

(Stürmischer Beifall.) Wäre damals nach der Revolution unsere Forderung erfüllt worden, hätte man damals gründlich ausgekehrt und erst ein neues Geschlecht geschaffen, bevor man die Nationalversammlung einberief, dann wäre damals eine proletarische Einheitsfront hergestellt worden und bei den Wahlen eine sozialistische Mehrheit erreicht worden.

Die Koalitionspolitik hemmt auch unsere Arbeit in den Gewerkschaften, hemmt das Verlangen des Proletariats nach Umwälzung der politischen Verhältnisse. Die Rechtssozialisten befragen sich auf

unser Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats.

Sowohl, wir bekennen uns dazu. Allerdings nicht zu dem Zerrbild einer Diktatur, wie es uns in Moskau gezeigt wird. Wenn die Zeit der Einigung gekommen ist, dann darf es weder Regierung, noch Personensfragen geben. Verständigen wir uns mit unseren Klassenpartnern in den Bruderparteien und in den Gewerkschaften. Unsere Partei muß im Klassenkampf die Führung übernehmen. Die Einigung kommt dann von unten herauf. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Als zweiter Referent erstattete Abgeordneter Henke den

Bericht der Reichstagsfraktion.

Die Arbeit der Reichstagsfraktion sei von Erfolg begleitet gewesen. Wenn nicht alle Ziele erreicht werden können, dann sei das die Schuld der SPD. Nachdem der Redner noch seine Genugtuung darüber geäußert hatte, daß die Verbindung mit Sowjetrußland wieder hergestellt worden sei, wandte er sich den Fragen der inneren Politik zu. Auch die demokratische Republik, so führte er aus, sei ein Klassenstaat. Die Verelendung der großen Massen, denen das Notigste fehle, mache in erschreckendem Maße, während auf der anderen Seite die Schieber und Mächerer schlemmen. Eine Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiterschaft lasse sich allerdings nicht auf dem von den Kommunisten vorgeschlagenen Wege herbeiführen. Zur Steuerpolitik der Fraktion wies er darauf hin, daß die erhöhte Tätigkeit der Banknotenpresse die schlimmste indirekte Steuer darstelle. Die Vorlage der Regierung über neue indirekte Steuern würde von der Fraktion unbedingt abgelehnt werden. Um aus der herrschenden Finanzkrise herauszukommen, bedürfe es der

Durchführung der 10 Forderungen der Gewerkschaften.

vor allem der Erfassung der Sachwerte. Wenn jetzt von einer Auflösung des Reichstages und Ausschreibung von Neuwahlen die Rede sei, dann solle man es tun, die USPD. sei zum Kampf bereit. (Stürmischer Beifall.)

Ein zu diesem Referat eingebrachter Antrag verlangt von der Reichstagsfraktion, daß sie für eine Versöhnlichkeit und Verbesserung der Sozialversicherung eintrete. Hierauf nahm der Parteitag eine Entschloßung an, in der

gegen die Gewalt Herrschaft der Bolschewisten

in Georgien scharfster Protest gelegt und die sofortige Zurückziehung der Sowjet-Truppen, Freilassung und Rückbeförderung der verbannten Menschewisten und Wiedereinsetzung einer sozialistischen Regierung in Georgien gefordert wird.

Nach der Mittagspause wurde dem Parteitag

ein Manifest der USPD.

vorgelegt, in dem es u. a. heißt:

„Der über den Stand der kapitalistischen Entwicklung, desto mehr nimmt der Kampf der kapitalistischen Klasse gegen das Proletariat national und international an Energie und Gewaltfähigkeit zu. In Deutschland ergreift das arbeitende Volk die politische Macht. Statt aber alle proletarischen Kräfte zusammenzuführen zu einem konsequenten Kampf um den Sozialismus, haben die Rechtssozialisten Koalitionspolitik mit dem Bürgertum getrieben und dadurch die Kraft in der Arbeiterklasse verstreut. Das mangelhafte Selbstvertrauen und der fehlende revolutionäre Wille im rechtssozialistischen Lager verschärft die Zerstückelung der Arbeiterklasse und führt zu einem Erstarken der Konterrevolution. Eine verhängnisvolle

Wirkung wurde ausgelöst durch die von der Moskauer kommunistischen Internationale ausgehende Politik der Spaltung der politischen und gewerkschaftlichen Kampforganisationen des Proletariats und die von der gleichen Stelle ausgehende planlose Taktik, die der deutschen Arbeiterklasse schwere Wunden schlug. Die verderblichen Folgen der Schwächung des Proletariats und der Wiedererrichtung der Bourgeoisie treten immer deutlicher hervor.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, die sich erneut zu den Grundzügen der in Leipzig und Halle gefassten Beschlüsse bekennt, gewinnt aus den Ereignissen des letzten Jahres wiederum die Überzeugung, daß auf diesem Wege die proletarischen Massen zusammenzuführen sind und der Sieg der Arbeiterklasse zu verwirklichen ist. Gegenüber dem System des Kapitalismus, das in seiner Konsequenz zu immer schärferer Ausbeutung, verstärkten Angriffen auf allen sozialpolitischen Errungenschaften zur unerträglichen Belastung aller nichtbesitzenden Schichten führt, muß deshalb die schärfste Kampfstellung eingenommen werden. Indem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den notwendigen Zusammenstoß aller Arbeiterparteien, für den siegreichen Endkampf des Proletariats. Der Klassenkampf muß geführt werden mit allen aus der jeweiligen Situation sich ergebenden Forderungen und Reformen. Im Gegensatz zu den Sozialreformisten sieht die USPD den Wert der Reformen darin, die Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die sozialistische Umwälzung zu stärken. Von den Bürgertümern trennt uns dabei die Erkenntnis, daß die Kampfmittel

den jeweiligen Machtverhältnissen der Klassen angepaßt

sein müssen. In Deutschland ist bei der Stärke des Proletariats die Erringung und Behauptung der Macht durch die Arbeiterklasse die oberste Aufgabe.

Von vorstehenden Grundzügen ausgehend, stellt die USPD die nachfolgenden wirtschafts- und sozialpolitischen Kampfsätze in den Vordergrund:

1. Fortführung der sozialen Gesetzgebung. — 2. Befähigung jeder Verlängerung der Arbeitszeit. — 3. Ablehnung jeder Beschränkung der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts. — 4. Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. — 5. Verwirklichung des Grundlozes, daß der Staat die Pflicht zur Erhaltung bedürftiger, arbeitsunfähiger oder arbeitsloser Mitglieder der Gesellschaft hat. — 6. Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechts. —

Die von der Regierung vorgelegten Steuerentwürfe erreichen das Ziel der Ordnung der Reichsfinanzen nicht und widersprechen den Interessen der Arbeiterklasse. Die USPD lehnt jede weitere Belastung der arbeitenden Klassen ab und bekämpft auf das Entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern. Als Grundzüge der Finanzreform verlangen wir die Erfassung der Sachwerte. Wir fordern weiter: Unverzügliche Einstellung aller rückständigen Einkommen- und Vermögenssteuern der bestehenden Klassen für die Jahre 1919, 1920 und 1921, Erhebung der letzten Zehndrittel des Reichsnotopfers, scharfste Besteuerung der Spekulationsgewinne, insbesondere der Gratspekulation und Begrenzungs- und Erhöhung der Ausfuhrabgaben zur Erfassung der Ballastgewinne, verschärfte Erfassung der Auslandsdevisen durch wirksame Kontrolle der Ausfuhrhandelsstellen. Die USPD. erhebt von neuem mit allem Nachdruck die Forderung nach

Sozialisierung der Schlüsselindustrien.

insbesondere des Kohlenbergbaues.

Der Parteitag betont mit allem Nachdruck, daß diese Forderungen zur Grundfrage des gemeinsamen proletarischen Kampfes sämtlicher gewerkschaftlicher und politischer Organisationen der deutschen Arbeiterklasse gemacht werden müssen. Dieser Kampf muß zum verheißungsvollen Ausgangspunkt der einheitlichen Kampffront werden, die sich in gemeinsamem Ringen bildet und zur dauernden Einigung des Proletariats führt. Diese Einigung mit allen Kräften anzustreben und durchzuführen, ist eine der bedeutendsten historischen Aufgaben der USPD. Die Zusammenfassung der Kräfte ist nicht nur für Deutschland zu erstreben, der Endsieg des Sozialismus kann nur international errungen werden. Dazu bedarf es der Überwindung der Zersplitterung innerhalb der internationalen Arbeiterschaft, der Zusammenfassung aller proletarischen sozialistischen Kräfte der Welt auf dem Boden des revolutionären Kampfes, Aufgaben, die die Internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien zu den ihrigen gemacht hat. Der Parteitag der USPD. heißt daher die im Februar 1921 auf der Gründungskonferenz der Internationalen Arbeitgemeinschaft in Wien gefassten Beschlüsse gut und beschließt: Die USPD. bekräftigt den Anschluß an die Internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien und verpflichtet sich für die gefassten Beschlüsse mit aller Kraft einzusetzen.

Dann erstattete Georg Ledebour den

Bericht der Programmkommission.

Er betonte, daß es die Aufgabe der auf dem letzten Parteitag gewählten Programmkommission gewesen sei, das Parteiprogramm zu erweitern. Trotzdem sei ein Entwurf nicht zustande gekommen. Seit dem Spaltungsparteitag in Halle seien vielmehr nur Teilprogramme, und zwar ein Schulprogramm, ein Kommunalprogramm und zwei Entwürfe für ein Agrarprogramm veröffentlicht worden. Dieser Parteitag werde vor allen Dingen eine Verständigung über das Kommunalprogramm herbeiführen müssen. Ausgehend von der Feststellung, daß das kommunistische Manifest und das Erfurter Programm von den Wirtschaftszuständen ausgehen, deren Kenntnis nur durch die auf Dokumente gestützte Überlieferung abgemittelt würde, leitete Ledebour in sehr breiten Ausführungen das Ergebnis der Forschung über die proletarische Emanzipationsbewegung dar. Im Anschluß hieran erörterte er die

Einigung des revolutionären Proletariats.

Die Spaltung wurde dadurch herbeigeführt, daß die große Mehrheit der Sozialdemokraten bei Ausbruch des Krieges das Interesse des deutschen Volkes höher einschätzte, als das Interesse, das sie als Klassenbewußte Proletariats mit den Proletariats aller Länder gegen einen Krieg hätte verbinden müssen. Diese Haltung könne zwar nicht als ein Verrat an der sozialistischen Sache, vielmehr eher als eine Verwirrung in der Partei bezeichnet werden. Heute noch sei für die SPD. in ihrer Gesamtaufassung und in der Beurteilung der Einzelfragen nicht das Gesamtinteresse des deutschen Proletariats und der Proletariats aller Länder maßgebend. Aus diesem Grunde ist es uns nicht möglich, uns mit den früheren Genossen zu einer Partei zusammenzuschließen. Wir würden damit als Partei jede Existenzberechtigung verlieren.

Was war das Entscheidende für die Spaltung von Halle? Die am meisten idealistisch veranlagten Genossen haben damals geglaubt, daß der Ueberwindung der Klassen die Weltrevolution erzwängen könnte. Dieser verhängnisvollen und durch keine Tatkraften gerechtfertigten Vorstellung sind Hunderttausende von Proletariats zum Opfer gefallen. Den Kommunisten aller Schattierungen gegenüber müssen wir im Auge behalten, daß wir sie als

die Parteigenossen von übermorgen

zu behandeln haben. Wenn wir einzelne Personen verurteilen, die nicht aus idealistischen Gründen zu den Kommunisten übergegangen sind, dann dürfen wir diese Verurteilung dennoch nicht auf die Massen,

die mit ihnen gegangen sind, ausdehnen. Wir müssen alles tun, um in absehbarer Zukunft den Zusammenstoß der jetzt abgegrenzten Parteien zu einer wirklich revolutionären Massenpartei herbeizuführen. Lebhafteste Auseinandersetzungen sind über die Anwendung der Formel von der Diktatur des Proletariats entstanden. Diese Formel ist Gemeingut aller Parteien. Die Art und Weise, wie die Diktatur des Proletariats in Moskau angewendet wird, hat recht erhebliche Kräfte hervorgerufen. Lenins Definition von der Diktatur findet das Charakteristische darin, daß sie eine Machtanwendung ist, die nicht an Gesetze gebunden ist. In der Praxis aber haben die Bolschewisten diese Definition so ausgelegt, daß sie sich nicht einmal an die moralischen und sittlichen Gesetze der Menschen gebunden gefühlt haben. Sie üben eine Diktatur mit terroristischen Mitteln aus, keine Diktatur der Arbeiterklasse über andere Klassen, sondern eine Kinderdiktatur über die eigene Arbeiterklasse

eine Diktatur über die eigene Arbeiterklasse

aus. Deshalb ist es falsch, die bolschewistische Diktatur der Diktatur des Proletariats gleichzusetzen. Gewaltanwendung ist auch möglich, ohne in terroristische Mittel zu verfallen. Wir haben am 9. November 1918 Gewalt angewandt und wir würden auch den bürgerlichen Parteien gegenüber immer wieder Gewalt anwenden. Es ist ein Irrtum, wenn man ohne Gewaltanwendung auszukommen glaubt. Wenn die politische Notwendigkeit an uns herantritt, Gewalt anzuwenden, wenn die proletarische Machtregierung und Machterhaltung gelingt, dann werden wir in Deutschland die Diktatur des Proletariats haben. Ich möchte an Stelle der Leninschen Definition folgendes setzen: Die Diktatur ist die entscheidende Machterhaltung seitens einer Person, Gruppe oder Klasse gegen jeden Widerspruch und jeden Widerstand. Es ist unklar, daß die Ausübung der Diktatur (solche Maßnahmen notwendig macht, wie sie von den Bolschewisten den Menschewisten gegenüber gebraucht werden. Ich weiß nicht, welcher Terror schlimmer ist: der der spanischen Herrscherklasse oder der der Moskauer. Unsere Aufgabe ist es heute, schon alle Vorbereitungen dafür zu treffen, um aus den Menschen der Ausbreitungsperiode

den Idealmenschen der Zukunft

zu schaffen. Dann werden wir das stolze Bewußtsein haben, daß in unseren Händen die Zukunft des menschlichen Geschlechtes liegt. Wir müssen uns nur selbst treu bleiben. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf beginnt

die Aussprache über die drei Referate.

Jensen-Gera verlangt eine Politik, die der Einigung Vorschub leistet. Luise Joch führt u. a. aus: So wie sich Scheidemann die Einigung denkt, wird sie nicht möglich sein. Wir können auf keinen Fall auf den großen Kampf verzichten. Wir müssen das treibende Element in der Arbeiterbewegung bleiben. Darum billigen wir auch das Manifest, das uns von den Parteinstanzen vorgelegt wurde. (Lebhafter Beifall.) — Danach erteilt Dittmann dem Generalsekretär der französischen sozialistischen Partei,

Paul Faure,

das Wort. Faure führte aus: Wir wissen, daß in allen Ländern das Volk selbst am Krieg ebenso unschuldig ist, wie das deutsche Volk. Die französische Bourgeoisie versucht heute, genau wie früher, neue Gegensätze zwischen den Ländern zu finden. Die französischen Arbeiter werden es niemals zulassen, aus sogenannten „Zwischenfällen“ neue Kriege entstehen zu lassen. Wir begrüßen die internationale Vereinigung des Proletariats zur Sicherung des Friedens und zur Arbeit für das Proletariat. Wir sind uns der wichtigen Rolle bewußt, die

Frankreich und Deutschland

zu spielen haben. Auf den Schultern der Arbeiter beider Länder ruht die Verantwortung für die Sicherung des Friedens. Auch uns hat Moskau die 21 Bedingungen gestellt, aber ganz im geheimen gab man uns noch eine 22. Bedingung, die da lautet: „Ihr braucht die 21 Bedingungen nicht durchzuführen.“ (Stürmische, langanhaltende Heiterkeit.) Wir sind eine sozialistische Partei geblieben. Mit unserer kleinen, aber moralisch starken Armee werden wir den Forderungen, der notwendig ist zur Durchführung der internationalen Aktion. Wir werden demnach die internationale Einigungskonferenz für die sozialistische und kommunistische Partei abhalten, und zwar im Einverständnis mit der Internationale von Wien und mit der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Dann wurden die Verhandlungen des Parteitages in der siebenten Abendstunde auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

Gegen die bolschewistische Barbarei.

Der Parteitag hat folgende Parteistellungnahme beschloffen:

Tief erschüttert durch die Nachricht von dem im Moskauer Butsch-Gefängnis ausgebrochenen Hungerstreik sämtlicher dort eingekerkerten Sozialisten und Anarchisten, erhebt der Parteitag stammenden Protest gegen die unmenschliche Behandlung der Inhaftierten und gegen ihre Verbannung nach Turkestan und anderen entlegenen Gegenden Russlands.

Der Parteitag stellt fest, daß diese unmenschliche Behandlung Sozialisten gegenüber ausgeübt wird, denen selbst die bolschewistische Regierung kein anderes Verbrechen zur Last legen kann, als daß sie Gegner der kommunistischen Partei sind, und die ohne gerichtliches Urteil auf Anordnung der geheimen politischen Polizei in den Kerker gesteckt und zum Teil bereits seit 3 Jahren im Gefängnis festgehalten werden.

Indem der Parteitag die Schreckensherrschaft als unvereinbar mit den Grundzügen des Sozialismus verurteilt und verurteilt, weist er noch darauf hin, daß die terroristische Taktik der bolschewistischen Regierung gegenüber allen andersdenkenden Proletariats und Sozialisten in anderen Ländern den Kampf des Proletariats gegen die Klassenjustiz des erstarkenden Kapitals erschwert.

Der Parteitag drückt seinen eingekerkerten Genossen sein warmes Mitgefühl aus und beauftragt die Parteileitung, sich ungehindert an die Sowjetregierung zu wenden und alle sonst geeigneten Mittel zu ergreifen, um die sofortige Befreiung aller in Russland und in dem von bolschewistischen Truppen besetzten Gegenden eingekerkerten Sozialisten zu erwirken.

Briefkasten der Redaktion.

Bestimmte Anträge werden nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anträge trägt man einen Vorkosten und eine Kammer des Briefkastens trägt man in der Juristischen Sprechstunde, Einberufung, 1. u. 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829

Ein Pazifist in Paris.

Helmuth v. Gerlach, der sich einige Tage in Paris aufgehalten hat, spricht im „Populaire“ von seinen Eindrücken. Es betrübte ihn, zu sehen, wie sehr die französische Presse im allgemeinen in tendenziösem Sinne redigiert ist. Er will nicht behaupten, daß das schlechte Wille sei, sondern sagen, daß dies in den meisten Fällen auf ungenügende Information zurückzuführen wäre. Er wundere sich, wenn er die Blätter lese, die die französischen Blätter aus der deutschen Presse auswählten. Sie suchten die Artikel heraus, die am meisten den Gefühlen widersprächen, die zwischen den Völkern herrschen sollten. Aufträge aus kleinen chauvinistischen Blättern wurden wiedergegeben, die keineswegs die Meinung der Mehrheit des deutschen Volkes darstellten.

Auch die deutsche Presse sei ungenügend über das unterrichtet, was sich in Frankreich abspiele. Den deutschen Lesern werde die Entwicklung nicht mitgeteilt, die sich in den Ansichten der Franzosen, und zwar auch der Parlamentarier vollziehe. Schließlich drückte Gerlach noch sein Erstaunen darüber aus, daß die Vertreter der deutschen Presse nicht zur französischen Parlamentsdebatte zugelassen sind, während die Vertreter der französischen Presse frei im Reichstag umhergehen könnten.

Lebedeff gegen Lenin.

Auf die Frage, ob eine Verständigung mit den Bolschewiki möglich sei, antworteten gestern abend in einer dichtgefüllten Versammlung der Berliner russischen Kolonie zwei angesehene Vertreter der russischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre mit einem entschiedenen Nein! Die Referenten, der Marineminister Kerenski, Lebedeff und als Mitglied der Konstituante, Eionim, beide Redakteure der „Wostok“ (Wostok), haben in ihren Ansprüchen den völkfeindlichen Charakter der Sowjetmacht hervor. Eine Verständigung müsse einen Ausgleich voraussetzen, während die Sowjetregierung eine solche nur als eine Unterordnung verstehe. Wäre das nicht der Fall, so müßte sie von ihrem starren System abgehen und der freien Willensäußerung der Volksmassen sich eröffnen. Das sei aber ausgeschlossen. Nur eine revolutionäre Bewegung des Volkes werde darin Veränderung schaffen können. Auch die neuen wirtschaftlichen Zustände der Sowjetregierung seien nur die Folge des Widerstands der Bauernschaft und der Kustände usw.

Bei Schluß des Blattes tagte die sehr lebhaft bewegte Versammlung noch fort. Die Witsen daher nicht, ob in ihr vielleicht auch die Meinung zum Durchbruch kam, daß eine neue revolutionäre Bewegung in Russland nun das wenige noch Vorhandene kaputt schlagen und der Despotie von rechts den Weg freimachen könnte.

Zum Hungerstreik im Butyrkischen Gefängnis

Von der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Partei Russlands wird uns mitgeteilt: Bevor noch etwas über einen Hungerstreik in dem Gefängnis von Moskau bekannt war, mußten schon die sozialdemokratischen Organisationen, daß die Lebensverhältnisse in den Gefängnissen derart sind, daß es zu einem scharfen Konflikt kommen mußte. Zur Vorgeschichte des Hungerstreiks ist es von Interesse, daran zu erinnern, daß bereits im Oktober vorigen Jahres der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei sich genötigt gesehen hat, ein besonderes Schreiben an das Zentralkomitee der Sowjetrepublik darüber zu richten.

„Die hygienischen Verhältnisse in den Gefängnissen“, hieß es darin, „sind äußerst schlecht, die Verpflegung steht unter allen minimalen Hungernormen. In den letzten 5 Monaten hat sich der Gesundheitszustand der meisten Inhaftierten äußerst verschlechtert. Im Wladimir-Gefängnis z. B. wo eine größere Anzahl Sozialdemokraten inhaftiert sind, ist die große Mehrzahl erkrankt, und Symptome der Lungentuberkulose sind zur allgemeinen Erscheinung geworden. Viele leiden an Blutarmut in höchstem Maße, und alle Krankheiten, die sich viele in Zarengefängnissen zugezogen haben, sind wieder in Erscheinung getreten. In drei hat sich ein besonders grausames Gefängnisregime ausgebildet, und die bewachenden Soldaten schließen vom Hofe in die Fenster.“

In den letzten Monaten hat sich zu diesen Verhältnissen noch die Kälte hinzugesellt, und in vielen Gefängnissen besteht kaum eine Hoffnung auf Besserung, weil Holzmaterial fehlt. Die Wintermonate drohen daher, viele Genossen, die früher schon erkrankt waren, jetzt dem Tode zuzuführen. Das Präsidium des Volksgesundheitsschusses kennt alle diese Verhältnisse ganz genau. Trotzdem hat es bisher nichts gegen dieses System einfacher physischer Vernichtung unternommen.“

Auf dieses Schreiben des sozialdemokratischen Parteivorstandes hat das Exekutivkomitee keine Antwort erteilt, und die Lebensverhältnisse in den Gefängnissen sind auch nicht eine Spur besser geworden. Am 8. Dezember richtete der Parteivorstand wieder ein Schreiben an das Exekutivkomitee, das der Verfassung nach die oberste Gewalt im Staate hat, das aber absolut nichts unternimmt ohne Zustimmung der kommunistischen Zentrale.

Jetzt sollen viele Genossen nach langer Haft nach Tschkent verbannt werden, ohne daß irgendeine Anklage gegen sie erhoben wurde, ohne Voruntersuchung und ohne Gerichtsursprung. Die schlimmste Form politischer Kampfmittel des Zorismus tritt nun in verstärktem Maße gegenüber Sozialisten und Revolutionären in Erscheinung. Dabei wird aber zum Unterschied von den alten Zeiten, beschlossen, daß die verdammten Genossen sich auch im Verbannungsort nicht frei bewegen dürfen, sondern zum Teil im Gefängnis bleiben müssen. Es sind aber nicht nur die Verbrechen „unbekannt“, die unseren Genossen zur Last gelegt werden, sondern es ist auch ganz unbegreiflich, warum gerade diese Gruppe Sozialdemokraten verbannt werden soll. Das Zentralkomitee erklärt hier mit ganz entsetzlichen, daß alle Parteimitglieder für die Politik die gleiche Verantwortung tragen, sowohl diejenigen, die noch in Freiheit sind wie auch die Inhaftierten. Das Zentralkomitee protestiert entschieden gegen dieses ganze terroristische System, das jetzt in Massenform Anwendung findet.“

Auch auf dieses Schreiben wurde keine Antwort erteilt. Die Verbannung nach den entlegenen Provinzen wurde aber von den Behörden endgültig beschlossen. Es ist klar, daß es unter diesen Verhältnissen zu einem Konflikt kommen mußte, der jetzt im Hungerstreik scharf in Erscheinung getreten ist.

Im Geiste der Völkerveröhnung.

Eine Rundgebung der Berliner Gewerkschaftskommission.

Vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung wurde gestern ein Vortragabend veranstaltet, auf dem die von der Arbeiterklasse angebahnte Völkerveröhnung zum Ausdruck kam.

Der Vorsitzende Sabath begrüßte den Genossen Henry de Man - Brüssel, den Leiter des Bildungswesens der sozialdemokratischen Partei Belgiens, der sich zurzeit in Berlin aufhält. Genosse de Man sprach über die Frage:

Soll Deutschland zugrunde gehen?

Er, der vor vielen Jahren in Deutschland studiert hat, hielt sein Referat in tadellosem Deutsch. Seit Ende des Krieges ist er schon zum dritten Male wieder in Deutschland. Immer wieder habe ich, sagte er aus, den Eindruck tiefster Not gehabt. Den Eindruck geschlagerener und demoralisierter Völker kann man aber auch bei der Entente haben. Man kommt jetzt dort zur Vernunft und sieht ein, daß die beiden des Volkes infolge des Krieges allgemein sind. Sie leiden unter niedrigerem Lohn, jene unter hoher. Die wirtschaftlichen Folgen sind haben und trüben dieselben. Bei uns in Westeuropa ist die Arbeitslosigkeit sogar noch viel schlimmer als in Deutschland.

Die Befundung der Verhältnisse in Deutschland ist notwendig für die Befundung der Verhältnisse auch in anderen Ländern.

Das gilt nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet. Drei Jahre hindurch wurden die Ententeländer beherrscht von der Furcht vor einem Wiederaufleben des deutschen Militarismus. Diese Furcht hatte zur Folge, daß der Militarismus jetzt zu uns herübergezogen ist. Wir geben jetzt in

Belgien mehr für den Heeresetat aus als Deutschland

für seinen ganzen Heeresetat vor dem Kriege. Den deutschen Militarismus, welchen man durch militärische Maßregeln nieder gehalten, jetzt haben auch die Ansichten hierüber sich schon geändert. Unsere Sozialisten haben gegen diese Politik immer opponiert. Aber jetzt sehen auch infolge der harten Tatsachen die Staatsmänner ein, daß mit ihr gebrochen werden muß. Freilich ist auch in der Bevölkerung noch nicht volle Einsicht vorhanden. Noch immer ist das Mißtrauen gegen Deutschland nicht ganz verschwunden.

Aber wer wird das nicht nachfühlen können? (Zustimmung.) Bei Kriegsausbruch mußte die belgische Arbeiterklasse das Gefühl haben, daß sie von der deutschen Arbeiterklasse im Stich gelassen sei. Daher die große Erbitterung, und zwar gegen die Arbeiterklasse. Die Deportationen zehntausender von Arbeitern, gegen die kein wirksamer Protest erfolgte, hatten das Gefühl der Klassenwürde zu hart getroffen. Auch hat die belgische Industrie durch Verschleppung von Maschinen so sehr gelitten, und das Land ist sozusagen dem Erdboden gleichgemacht worden. Trotzdem hat unsere Arbeiterpartei gegen die Befehle von Düsseldorf usw. protestiert.

Aufrechterhaltung des endlich erzwungenen Achtstundentags.

Man erzählte allerlei Märchen davon, daß in Deutschland die Arbeiter 10 und 12 Stunden arbeiten und verlangte von uns, daß wir belgischen Arbeitern. Da begriffen unsere Arbeiter, daß es mit den deutschen Arbeitern tatsächlich zu solchen Zuständen nicht kommen darf. Aus gewissen Reparationen müssen auch wir bestehen. Es entspricht dem gesunden Menschenverstand, daß der die Zerstörungen wieder gut macht, der sie angerichtet hat. Aber für die Kosten der Kriegführung und der Kriegspensionen eine Schadenerschaftspflicht zu fordern, ist man jetzt schon weniger geneigt. Das Gespenst eines deutschen Staatsbankrotts ist erschlichen. Er wäre aber auch Europas Bankrott. Das ist der Grund, aus dem die Staatsmänner jetzt eine vernünftiger Sprache reden.

Ob wir Sozialdemokraten uns damit begnügen können, ist die Frage. Die unmittelbaren Folgen der Konferenz zu Cannes sollte man nicht überschätzen. Ich fürchte, daß die deutsche Arbeiterklasse wiederum die Hauptlasten des Wiederaufbaus Deutschlands und damit Europas wird tragen müssen. Nur Stundung ist erst bewilligt, und damit ist allerdings Zeit gewonnen. Aber damit wird auch

Auf einen Punkt sollte die Arbeiterklasse aller Länder ihre Kräfte konzentrieren:

die Verhinderung des Krieges und die allgemeine Entwaffnung. (Bravo!) Nach diesem Gesichtspunkt sollten die Arbeiterparteien aller Länder ihre ganze Politik einrichten, auch ihre innere. Aus den Erfahrungen in Belgien und in Westeuropa können wir sagen, daß alle nationale Parteipolitik von den internationalen Beziehungen

beeinflusst wird. Ich glaube, jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo die Wiederherstellung der Internationale als einer Körperlichkeit, die Aktionen führt, notwendig ist.

Ich glaube auch sagen zu dürfen, daß in der belgischen Arbeiterklasse, soweit sie sozialistisch ist, keine Stimme dagegen erheben wird, daß

Deutschlands Reparationen nur auf den Wiederaufbau beschränkt werden

müßten.

Wer wird für dieses Programm zu haben sein? Die gesamte Arbeiterklasse muß da zusammenhalten. Zwischen uns und ihnen ist Blut geflossen, und doch wollen wir einzig sein. Da sollte nicht eine Einigung zwischen ihnen und den Kommunisten möglich werden? Der Augenblick, wo ein Zwang zum Zusammengehen vorliegt, wird die Arbeiterklasse zusammenführen. Deutschland braucht die Einigung der Internationale am meisten, weil die Internationale die stärkste Macht gegen Militarismus und Imperialismus ist. Leider ist gerade in Deutschland der Widerstand gegen eine

Einigung der sozialistischen Parteien

am stärksten. Mit Programmabweichungen müßten wir fertig werden, wenn internationale Aktionen zur Verhinderung der Kriegsgefahr unsere Pflicht sind. Da wird sich manches lösen, was heute unlösbar scheint. Zwischen Euch ist Bruderblut geflossen? Aber zwischen uns und Euch doch auch! Und doch stehe ich jetzt hier wieder vor Euch!

Genosse de Man schloß: Vor nun an gibt es für uns keine Frage nationaler Politik mehr, die nicht auf die internationale Gemeinamkeit sich gründet. Wir müssen die Wiederholung dessen, was 1914 geschah, verhindern. Die Lösung der Frage, ob Deutschland zugrunde gehen oder sich behaupten soll, hängt davon ab, ob das Proletariat wieder eine erfolgreiche Internationale zustande bringt. In diese Möglichkeit glaube ich. Die Zukunft Deutschlands ist unlöslich an

die Machtentfaltung der deutschen Arbeiterklasse

gebunden. Die deutsche Bourgeoisie hat Deutschland an den Rand des Abgrundes gebracht. Zur deutschen Arbeiterklasse haben wir das Vertrauen, daß sie den Militarismus nicht wieder aufkommen lassen wird. Und das ist die Voraussetzung für den Wiederaufbau Deutschlands, für den Wiederaufbau von ganz Europa, der nur in gemeinsamer Aktion der ganzen Arbeiterklasse möglich ist. (Lebhafte Beifall.)

Darauf berichtete Genosse Sassenbach über seine Erfahrungen in Belgien, England, Frankreich und Italien. Auch dort hat sich in den letzten Monaten sehr viel geändert, nachdem die Zeit durch den Krieg geschaffenen Hoffnungen gelindert hat. Es wird, sagte Sassenbach, darauf hingewirkt werden müssen, daß die Arbeiterklasse der verschiedenen Länder einander noch besser kennen lernen, damit der letzte Rest von Mißstimmung beseitigt wird. Man begreift diese, wenn man die in Belgien und Frankreich angerichteten Verwüstungen sieht, wenn man die Schilderungen der deportierten Arbeiter hört und erfährt, daß viele der Deportierten in Deutschland gestorben sind. Dem Versuch, Sassenbach in Belgien am Sprechen zu verhindern, ist die Arbeiterklasse in gewaltigen Demonstrationen entgegengetreten, die vom Geist internationaler Solidarität erfüllt waren. Die Haltung der französischen Arbeiterklasse ist jetzt bereits so, daß wir sie nicht besser verlangen können. Das ist in Deutschland noch viel zu wenig bekannt! Auch die Stimmung der Nichtsozialisten ist in Belgien und Frankreich keineswegs so unangenehm, wie die Presse, der große Verbeher, sie darstellt. Für den Wiederaufbau darf auf ein

Zusammenarbeiten mit den französischen Gewerkschaften

gehört werden. Das Verhältnis zwischen den französischen und den deutschen Gewerkschaften ist jetzt vielleicht sogar besser als vor dem Kriege, wo allerlei Vermittlungen bestanden. Ähnlich liegt es in England, wo gleichfalls die Beziehungen zu unseren Gewerkschaften freundlicher geworden sind. In Italien, dessen Arbeiterklasse sich am schärfsten gegen den Krieg gewehrt hat, habe ich keinen Haß mehr gefunden. Der Boden ist bereitet, mit allen diesen Ländern in Freundschaft zusammenzugehen. Voraussetzung ist aber, daß im Ausland das unsinnige Vorurteil beseitigt wird, in Deutschland sei sogar in der Arbeiterklasse noch noch Sehnsucht nach der Monarchie. Auch eine Einigung der deutschen Arbeiterklasse wäre eine stärkere Gewähr für die Festigung der Republik.

Vernünftige Auslandspolitik.

In Kopenhagen Schweden, wie Demo mitteilt, zurzeit Verhandlungen über die Ausbildung deutscher Lehrer und Lehrerinnen für das abgetretene Norddänisches Gebiet. Es sind drei Vorschläge gemacht worden: 1. den auf deutschen Seminaren ausgebildeten Lehrern und Lehrerinnen die Anstellung an deutschen Schulen zu gestatten, 2. eine Seminarklasse mit deutscher Sprache in Kopenhagen zu errichten und 3. ausgebildete dänische Seminaristen durch einen ein- oder zweijährigen Aufenthalt an einer deutschen Schule, am besten in Norddänemark, die nötigen Kenntnisse im Deutschen sich erwerben zu lassen.

Beschwerden der rheinischen Eisenbahner.

Wie wir schon wiederholt mitteilten, haben sich aus der am 31. Dezember 1921 zwischen Reichsverkehrsministerium und Eisenbahnverbänden zustande gekommenen Vereinbarung ernsthafteste Differenzen ergeben. Beide Parteien beharren auf ihrem Standpunkt und legen den Wortlaut der Ziffer 3 in ihrem Sinne aus. Das Reichsverkehrsministerium hat sich bis zur Stunde noch nicht dazu geäußert, worauf es die merkwürdige Erscheinung zurückführt, daß die Telegrammempfänger des besetzten Gebiets die Worte „den wenigen“, die Empfänger im unbesetzten Gebiet dagegen das Wort „denjenigen“ übermitteln erhielten. Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsminister haben bis jetzt noch kein praktisches Ergebnis gezeigt. Bisher ist nur das eine festzustellen, daß der Reichsverkehrsminister plötzlich entrückt ist, weil ihm der widersprechende Wortlaut der Telegramme an das besetzte und das unbesetzte Gebiet durch die Offenheit bekannt wurde. Anstatt der Sache in seinem Ministerium auf den Grund zu gehen, hat er zum Ausdruck gebracht, er müsse es sich überlegen, ob er mit einem Gewerkschaftsvertreter, der diesen Vorgang der Presse übermitteln hat, noch verhandeln könne. Darf man sich da noch wundern über das Mißtrauen der

Eisenbahner gegenüber Eisenbahnverwaltung und Regierung und über Streikbewegungen, die aus einem derartigen Verhalten sich ergeben? Inzwischen wächst die Unruhe unter den Eisenbahnern des besetzten Gebietes immer mehr, und ganz wie vor Weihnachten treffen auch jetzt dringende Mittelungen und Kommissionen aus dem besetzten Gebiet in Berlin ein, um eine Beilegung der Differenzen herbeizuführen. Im Auftrag einer Funktionsprüfung der Ortsgruppe Koblenz des Deutschen Eisenbahnverbandes ist zurzeit ein Vertreter in Berlin, der bis Mittwoch eine Entscheidung des Ministers verlangt. Wir verzichten im Augenblick darauf, die ganze Angelegenheit ausführlich zu behandeln, halten uns aber verpflichtet, zunächst zu betonen, daß durch das ablehnende Verhalten des Reichsverkehrsministeriums die Angelegenheit nicht zur Ruhe kommt und, falls nicht die Reichsregierung endlich eingreift, ernsthafteste Komplikationen folgen müssen.

Der Elberfelder Altendiebstahl. Bei Erörterung eines Altendiebstahls im Landgerichtsgebäude in Elberfeld ist die Vermutung ausgesprochen worden, daß bei dieser Gelegenheit die Akten betreffend das Strafverfahren gegen den deutschnationalen Abgeordneten van den Reckhoff gestohlen seien. Diese Vermutung ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, unzutreffend.

Zulassungen an den Republikanischen Richterbund Berlin. Der Republikanische Richterbund Berlin ersucht uns im Anschluß an seinen kürzlich veröffentlichten Aufruf um die Mitteilung, daß Zulassungen an die Adresse des Vorsitzenden, Amtsgerichtspräsident Ratquard, Berlin W 58, Augsburger Straße 6, erbeten werden.

Kommunistische Budgetbewilligung. In der rechtgläubig-kommunistischen Zeitschrift „Die Internationale“ erörtert Robert Siwert-Chemnitz die Frage, ob das Budget in Sachsen zu bewilligen sei. Er kommt zu dem Schluß: „Nehmen wir alles in allem, prüfen wir das für und wider, dann kommen wir zu dem Schluß, daß wir das Budget bewilligen müssen.“

Mittwoch, den 11. Januar: Mitgliederversammlungen

Beachtet die Anzeigen unter „Parteinachrichten“.

Gewerkschaftsbewegung

Eine christliche Prophezeiung.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hielt am Sonntag im Ruhrgebiet eine Reihe von Agitationsveranstaltungen ab, in denen die Stellungnahme zur Weltwirtschaftskrise behandelt wurde. In Bochum sprach ein Gewerkschaftsangehöriger aus dem Saargebiet, der darauf hinwies, daß die Arbeiter noch eine schwere Zeit durchzumachen hätten. Aus den weltwirtschaftlichen Vorgängen müßten sie die rechte Lehre ziehen. Nicht dem Sozialismus, sondern dem christlichen Solidarismus gehöre die Zukunft. Da die „Religion“ diese weiterführende Begegnung der Presse berichte, weil sie dem Unternehmertum für die Trennung der deutschen Arbeiterschaft von einiger Bedeutung erscheinen dürfte, wollen wir nicht veräumen, diese Prophezeiung zu registrieren. Als ungläubige rechnen wir auf die Zukunft des Sozialismus um so mehr, je öfter er totgesagt wird. Aber dies lassen wir es nicht dazu tragisch auf, wenn die christlichen Gewerkschaften auf dem Wege des Solidarismus zum Sozialismus kommen, zumal auch für uns der Solidarismus, der seinem Charakter nach zwar nicht „christlich“, sondern eher „christlich“ ist, die Voraussetzung zum Vorwärtstommen bildet. Die freien Gewerkschaften wollen nur, daß der Solidarismus von der Erkenntnis getragen ist, weil er nur dann festbegründet und zuverlässig ist.

Die Generalversammlung der Betriebsräte.

Der Verlauf dieser Versammlung am 4. Januar, insbesondere der Beschluß auf Zulassung der sogenannten Sechserkommission, durch den diese in unkontrollierbarer Versammlung gewählte Körperschaft gewissermaßen legalisiert wurde, hat den Vorsitzenden des Volksrates, Genossen Kiesel, veranlaßt, sein Amt niederzulegen.

Die größte Schuld an dem Verlauf dieser Versammlung trägt Genosse Kiesel demjenigen unserer parteigenösslichen Betriebsräte an, die es nicht für nötig gehalten haben, zu der Versammlung zu erscheinen, obwohl zu erwarten war, daß in dieser ersten Generalversammlung nach den von den Drahtziehern der SPD. inszenierten Wahlen Betriebsratsversammlungen die Gelegenheit zu kommunistischer Propaganda benutzt werden würde. Da es an einer persönlichen Prüfung der SPD-Betriebsräte an diesem Abend fehlte, war die Aufforderung, den Saal zu verlassen, verfehlt. Bistiger wäre gewesen, die Beschlußfähigkeit der Versammlung anzuzweifeln.

Für die Betriebsräte Groß-Berlins müssen die Vorläufer in dieser Versammlung eine Warnung sein und eine Mahnung, mit dem „Sozialökologismus“ endlich Schluss zu machen und sich sehr genau alle diejenigen anzusehen, die sie in den nahe bevorstehenden Wahlen als ihre Vertreter in die Generalversammlung entsenden wollen.

Streitgefahr im Einzelhandel.

Ueber die Versammlung im Lustgarten wird uns noch berichtet: Nachdem die Einzelhandelsgemeinschaft sich am Sonnabend beharrlich geweigert hat, zu erklären, welche Gehaltserhöhungen sie im neuen Tarif für die Angestellten bewilligen will, sind die Verhandlungen zwischen ihr und den Angestellten abgebrochen worden. Aus dem Verhalten der Arbeitgeber konnte von den Vertretern der Angestellten nur die Schlussfolgerung gezogen werden, daß die Arbeitgeber es auf einen Kampf ankommen lassen wollen. Inzwischen ist man an die Vertreter der Handelsreisenden mit dem Ersuchen herangetreten, neue Verhandlungen anzunehmen, obwohl die Arbeitgeber vorher erklärt hatten, daß nach Ablehnung der sozialen Zulagen durch die Handelsreisenden erneute Verhandlungen vor dem 15. Januar nicht in Frage kommen.

Die Angestellten und Handelsreisenden haben am Sonntag in einer Versammlung im Lustgarten, die von 15.000 bis 20.000 Personen besucht war, zu der Haltung der Arbeitgeber Stellung genommen.

Pollmeier vom Transportarbeiterverband, sowie Bublik vom Zentralverband der Angestellten gaben in ihren Reden der Stimmung der Mitgliedschaften der beiden Verbände dahingehend Ausdruck, unter allen Umständen das wegzunehmen, was als Thema in der Versammlung behandelt wurde, nämlich die Herbeiführung der Einheitsfront der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Unternehmertum.

Wenn nicht noch im letzten Moment die vernünftigen Elemente auf der Arbeitgeberseite die Oberhand gewinnen, muß der Kampf aufgenommen werden. Die Arbeiter und Angestellten der Einzelhandelsgemeinschaft sind entschlossen, den gemeinsamen Kampf aufzunehmen, wenn er unvermeidlich ist, und werden sich durch keinerlei Manöver voneinander trennen lassen. Die Bestimmung des Zeitpunktes für den Beginn des Kampfes wurde den Vertretern der Organisationen überlassen.

Bei Schluss der imposanten Versammlung formierte sich ein großer Demonstrationzug, der unter Vorantritt einer Musikkapelle durch den Lustgarten über den Schlossplatz, die Königstraße und den Alexanderplatz sich zum Georgenkirchplatz begab, wo nach einer kurzen Schlussansprache die Versammelten auseinander gingen.

Zur Lohnbewegung im Einzelhandel.

Für die Abstimmung in den einzelnen Betrieben über den Streik erfolgt direkte Parole durch den Zentralverband der Angestellten an die Funktionäre. Bisher sind keine Abstimmungen vorzunehmen.

Beendigung des Bauarbeiterstreiks.

Die Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes hat am gestrigen Sonntag zur Streiklage erneut Stellung genommen. Während der fünfjährigen Dauer des Streiks waren die Versuche des Reichsarbeitsministeriums zur Anknüpfung von Verhandlungen wegen der ablehnenden Haltung der Unternehmer gescheitert. In der vergangenen Woche nahm nun das im Reichsarbeitsvertrag vorgesehene Bezirkslohnamt, welches im November 1921 den für die Bauarbeiterschaft unbefriedigenden Schiedsspruch fällte, die Verhandlungen wieder auf, zu denen diesmal auch die Unternehmer ihre Bereitwilligkeit erklärten. Nach langem Hin und Her wurde dann unter Vorsitz des Regierungsrats Dr. Goldschmidt der Bohn für das Hoch- und Betonbaugewerbe durch Schiedsspruch dahin festgestellt, daß für die gelehrten Berufe bis zum 25. Januar 12,75 M., ab 26. Januar 13,50 M., für die Ungelernten bis zum 25. Januar 12,10 M., ab 26. Januar 12,85 M. gezahlt werden. Dieser Schiedsspruch wurde einstimmig gefaßt, es war also mit dessen Annahme auf beiden Seiten zu rechnen. Es wurde protokolllarisch festgestellt, daß Maßnahmen aus Anlaß des Streiks nicht vorgenommen werden dürfen. Die Aufnahme der Arbeit soll am Mittwoch erfolgen. Die Generalversammlung stimmte diesem Schiedsspruch zu. Falls die Unternehmer das gleiche tun, was anzunehmen ist, so ist damit der Kampf im Berliner Baugewerbe beendet. Wenn auch die Bauarbeiter mit diesem Ergebnis nicht voll zufrieden sind, so kann doch von einem Erfolg gesprochen werden; denn die Gesamtforderung von 3,70 M. ist zu 75 Proz. erreicht. Ein Kampf der Bauarbeiter mitten im Winter mit einem solchen Erfolg kann sich sehen lassen.

Die Streikbeiträge der in Arbeit stehenden Kollegen sind nur bis einschließlich 10. Januar zu leisten. Die Bezirkskontrollstellen werden mit Aufnahme der Arbeit aufgehoben. Sich ergebende Differenzen bei Aufnahme der Arbeit müssen dem Vereinsbureau gemeldet werden, damit eine Regelung von dort erfolgen kann.

Die Vereinstleitung.

Achtung Zimmerer!

Auf Beschluß des Verbandes der Baugeschäfte und des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, ist die Arbeit morgen, Mittwoch, früh in allen bisher bestreikten und ausgesperrten Betrieben wieder aufzunehmen. Alle Verbandslager haben sich infolgedessen morgens pünktlich bei dem Arbeitgeber, wo sie zuletzt beschäftigt waren, zu melden. Falls bei der Einstellung Schwierigkeiten gemacht werden, ist sofort dem Bureau davon Mitteilung zu machen.

Außerdem bitten alle Streikleitungen, im Laufe des heutigen Tages einen Mann zwecks Information über die nächste Auszahlung der Streikunterstützung in das Bureau zu schicken. Der Vorstand.

Der Mühlenarbeiterstreik geht weiter.

Am Sonnabend tagte der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, der sich mit dem Streik der Mühlenarbeiter beschäftigte. Nach längeren Verhandlungen kam zwischen den Parteien eine Einigung zustande. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, wonach den Mühlenarbeitern eine wöchentliche Zulage von 75 M. bewilligt wurde, so daß sich der Wochenlohn auf 525 M. stellt. Gefordert waren 600 M. Die Abmachung soll rückwirkende Gültigkeit vom 16. Dezember ab haben. Vom 16. Februar 1922 ab tritt eine weitere Lohnerhöhung von

25 M. ein, so daß sich dann der Lohn auf 550 M. stellt. Das neue Abkommen soll bis zum 15. März 1922 gelten. Die bisher gelieferten vier Pfund Freimehl sollen beibehalten werden. Ueber die Annahme bzw. Ablehnung des Schiedsspruches war den Parteien eine Frist bis gestern nachmittags 6 Uhr gegeben.

In einer Verlautbarung der Streikenden am Sonntag berichtete die Streikleitung über das Ergebnis der Verhandlung. Von allen Diskussionsreibern wurde der unter dem Vorsitz des unparteilichen Herrn Assessor Körner zugegebene Vergleichsvorschlag als unzureichend abgelehnt. Mit dem Bewußtsein sei man in den Streik getreten, daß die Annahme des Schlichtungsausschusses zur Beilegung der schwebenden Differenzen überhaupt zwecklos sei. Aus allen in der letzten Zeit gefällten Schiedssprüchen vor den Schlichtungsausschüssen sei niemals zum Durchbruch gekommen, daß unter der allgemeinen Forderung der Arbeiter nicht leiden dürfe und dementsprechend die Löhne erhöht werden müßten.

Wenn die Mühlenbesitzer vor dem Schlichtungsausschuß der Arbeiter glauben machen wollen, daß die erhöhten Löhne wesentlich an der Verteuerung mit Schuld seien, dann schämen sie die Börsenspekulationen zu gering ein. Den Streikenden ist bekannt, daß die Direktoren der Mühlen einen erheblichen Teil ihrer tatsächlichen Arbeit zeit an der Börse geschäftlich verbringen müssen. Die Streikenden wissen ganz genau, daß man über ein halbes Tausend mit der Herstellung von Mehl beschäftigte Arbeiter nicht allzulange den Produktionsprozeß entziehen kann, ohne daß andere Komplikationen dadurch entstehen können. Um dies zu vermeiden, sind die Streikenden bereit, Konzessionen zu machen. Das besagt auch ein vor dem Schlichtungsausschuß schon gestellt und von Schlichter wieder eingebrachter Antrag, der von den Streikenden einstimmig angenommen wurde. In demselben wird verlangt, daß die Parteien nochmals zusammenzutreten sollen. Von der sofortigen Erhöhung von 600 M. wird Abstand genommen. Verlangt wird, ab 16. Dezember 1921 einen Lohn von 565 M. für die Gelehrten, für die Ungelernten 555 M. und für die Frauen 400 M. zu zahlen. Ab 1. Februar 1922 sind die Löhne auf 440 bzw. 500 bzw. 600 M. zu erhöhen.

SPD-Gewerkschaftsfunktionäre, Betriebsräte und politische Betriebsvertrauensleute, Montag, den 16. Januar, in den Sophienstr. Versammlung. Tagesordnung: Unsere Stellung zu den Betriebsratswahlen. Bezirksverband Berlin SPD.

Jum Streik in der Textilindustrie Mittelschlesiens berichtet der „Konfessionär“:

Die im Beistand des Regierungspräsidenten in Reichenbach geführten Einigungsverhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Eine Verschärfung der Lage hat sich dadurch ergeben, daß auch die lausitzmännlichen Anstalten der Dietrichschen Textilwerke in Ober-Rangenhellau ihre Tätigkeit einstellen mußten, weil sie durch die Streikposten an der Fortsetzung ihrer Tätigkeit behindert wurden.

Es handelt sich hier nicht nur um die Streiks in zwei Betrieben, sondern — wie in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 31. Dezember berichtet — um die infolge des Streiks in Rangenhellau und Müsteglerdorf, mit etwa 3200 beteiligten Streikenden, erfolgte Ansperrung von 20.000 Textilarbeitern.

Die Beamten und Staatsarbeiter in Gengenbach (Baden) protestieren dagegen, daß Gengenbach nicht in die Distrikte O eingereiht wurde, während alle umliegenden gleichgroßen Städte, wie Durlach, Hadlach, Wolfach, Oberfisch und sogar kleinere Ortsteile mit rein Landwirtschaft treibender Bevölkerung, wie Altendrim, Rutenweber, in eine höhere Distrikte eingestuft wurden, als Gengenbach, das zu diesen Ortsteilen zentral gelegen ist.

Zentralverband der Angestellten, Mittelschlesien, Aachen: Heute abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Euler, Friedrichstr. 106. — Mittwoch, Aachen: Heute abends 7 1/2 Uhr in den Klüster-Hallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. — Ostfriesland und photographische Geschäfte: Abends 8 Uhr im Zweigbureau, Kommandantenstr. 224. — Donnerstag, Bergmann-Kongress: Abends 7 1/2 Uhr in den Klüster-Hallen, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. — Kranenfabrikanten: Funktionärsversammlung nachmittags 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Angerstr. 24/25.

Deutscher Transportarbeiterverband, Gruppe Turgathaler: Mittwoch abends 6 Uhr im Lokal von Jensen, Melchiorstr. 15, Versammlung. Tagesordnung: Aachen mit den Tariffragen?

Veranlaßt, die den redakt. Teil: Julius Rißler, Berlin-Völkische; für den: E. H. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin: Vorwärts-Verlag und Verlag des Vorwärts-Verlags G. m. b. H., Berlin, Unterstr. 2, Oststr. 1, Verlag.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21.

INWENTUR

VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN!

„Was wir bieten“

Zum Teil mit kleinen Fehlern

4 Waggon Emaille

darunter Schmortöpfe, Fleischöpfe, Kasserollen, Wasserkessel, Bratpfannen usw.

Zum Teil mit kleinen Fehlern

Emaille-Schmortöpfe für Restaurants 30 ⁰⁰ 35 ⁰⁰ 39 ⁰⁰	Pfannen mit Stiel 1 ⁶⁵ 2 ²⁵ 2 ⁶⁵ Müllschaufeln 11 ⁵⁰ Wasserkannen 12 ⁵⁰ bis 16 ⁵⁰ Durchschläge 5 ⁵⁰ 7 ⁵⁰ Schaumlöffel 85 Pf.	Ein Posten Kohleneimer 29 ⁵⁰ Ein Posten Herdzylinder 1 ⁴⁵ mit Feuerstein	Waschbecken Porzellanform, dek. 39 ⁰⁰ Wasserbrüge Porzellanform, dek. 24 ⁰⁰ Kohlenlöfel 1 ⁴⁵ 1 ⁶⁰ Eis.Kuchenpfannen 2 ²⁵ 4 ²⁵ Brotschneidemasch. 42 ⁵⁰	Emaille-Schmortöpfe und Fleischöpfe 6 ⁵⁰ 9 ⁵⁰ 11 ⁰⁰
Aluminium-Mokkalöffel 65 Pf. Aluminium-Kaffeelöffel 75 Pf. 1 ¹⁰ Aluminium-Esslöffel 1 ²⁵ 1 ⁶⁵ Aluminium-Essgabeln 1 ²⁵ Aluminium-Essmesser 7 ⁵⁰ Aluminium-Saucenlöffel 4 ⁷⁵ Aluminium-Suppenschöpfer 9 ⁷⁵	Ein Posten elektrische Platten vernickelt, mit ca. 2 Meier Isopor Schür und Stecker 65 ⁰⁰	Ein Posten Wandkaffeemöhlen 24 ⁰⁰ Ein Posten Küchenmerktalein 28 ⁵⁰ Ein Posten Gaskocher 35 ⁰⁰ Waschlässer 165 ⁰⁰ 225 ⁰⁰ 265 ⁰⁰ 2 Flammen nebeneinander	Essbestecke m. Holzheften, Paar 9 ⁷⁵ 11 ⁵⁰ Essbestecke mit vernickelten Griffen, Paar 16 ⁷⁵ Teeglashalter vernickelt 6 ⁷⁵ 10 ⁵⁰ Salz- und Pfefferstreuer 1 ⁴⁵ Schraubenzähler 1 ⁶⁵ Gasspinner Heizer 55 Pf. Eiserner Mörser 7 ⁰⁰ 9 ¹⁰ 1 ⁵⁰ Fussaltreter zusammenlegbar 2 ⁶⁵ Handwaschbürsten 75 Pf. Schauerbürsten 1 ⁶⁵ 2 ¹³	

HERMANN